

Courier

**Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäfl. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Publikations-Organ des Zentral-Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1914.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Exped.: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr Vorm., 8-11 Uhr Nachm. Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Aufschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Ar. 6.

Berlin, den 13. März 1904.

8. Jahrg.

Jahres-Berichte.

Es gilt hin zu höherem Kreise,
Wachset weiter unvermerkt.

Auswärts, vordwärts geht es unauffällig in unseren Verbänden. Das beweisen unter anderem die Jahresberichte der großen Verwaltungsstellen. Zu den beiden alten bekannten Geschäftsberichten Berlins und Hamburgs ist für 1903 noch ein solcher der Verwaltungsstelle Breslau zu verzeichnen. In drei stattlichen Broschüren, 40, 31 und 13 Seiten stark, liegen die Ergebnisse der Tätigkeit dieser Verwaltungsstellen vor uns.

Wenn wir diese Berichte einer Besprechung unterziehen, die kritische Sonde an dem einen oder dem anderen Punkte mehr oder weniger anlegen, so geschieht dies nicht von dem Standpunkte ethischen Besserwissens aus, sondern nur um durch einige Andeutungen einen weiteren Ausbau der Arbeit auf diesem Gebiete mitzuerleichtern zu helfen. Alle diese Berichte bedeuten in jeder Hinsicht einen Fortschritt gegen die vorjährigen, das nicht rückhaltlos anzuerkennen, wäre Unrecht, dennoch haben wir auch diesmal noch verhältnismäßig nicht ganz wenige Wünsche, teilweise sogar wiederholt, zu äußern. Unsere Kritik soll die Verbandskollegen anregen, in Zukunft selbst etwas mehr über die ihnen von den Verwaltungen vorgelegten Berichte nachzudenken. Leider scheint es am Nachdenken bei den Mitgliedern, besonders in diesem Jahre, gefehlt zu haben, stumm wie Fische nahmen die Generalversammlungen in Berlin und Hamburg die Berichte entgegen, kein Wort notwendigster sachlicher Kritik, kein Wort so verdienster Anerkennung wurde laut. Das ist bedauerlich, weil es der geistigen Regung der Mitglieder kein besonders gutes Zeugnis ausstellt. Findet sich denn unter den Tausenden Mitgliedern der beiden Verwaltungsstellen wirklich kein einziger Kollege, der neue Ideen, neue Vorschläge für den weiteren Ausbau der Berichterstattung zu Tage fördern kann? Wir wollen dies nicht glauben.

Der Berliner Bericht gibt eine Einleitung, in der ganz richtig bemerkt wird, daß die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1903 bereits wieder im Aufstiege begriffen war. Es wird ferner ein kurzer Abriss der Verbandstätigkeit im allgemeinen gegeben und die Entwicklung der Verwaltungsstelle in großen Umrissen geschildert. Der Einleitung folgt eine detaillierte und ausführliche Schilderung der Bewegung in den einzelnen Branchen, mit besonderer Berücksichtigung der Lohnbewegungen, Streiks und abgeschlossenen Tarifverträge. Welch eine Unsumme von Arbeit steckt nicht in der hier geschilderten Tätigkeit der Verwaltung! Das richtig beurteilen kann freilich nur der, welcher bei solcher Arbeit schon selbst mal angespannt hat. Und Zeile für Zeile zeigt das, was die Organisation den Kollegen nützt, welche immense und unschätzbare Vorteile sie ihnen überall bringt.

Leider verbleibt uns der Raum, auf dieses, ebenso interessante wie reichhaltige Material näher einzugehen.

Die Mitgliederbewegung zeigt uns, dank dem stetigen Ausbau der inneren Organisation, des Bezirksführer- und Vertrauensmännersystems, einen recht erfreulichen Fortschritt. Eingetretten sind 5886 Kollegen, durch Streichung ausgeschieden 3524, gleich 60 pCt., während im Vorjahre 81 pCt. der Neueingetretenen wieder gestrichen werden mußten. Es ist also gelungen, 24 pCt. Neueintretende mehr dem Verbandsverband zu erhalten als 1902. Das ist eine Leistung, auf die alle Mitwirkenden stolz sein können. Freilich auch das 1903 in dieser Beziehung erzielte Resultat genügt noch lange nicht den normalen Ansprüchen, die in dieser Hinsicht gestellt werden können,

es gilt also, die Mäßen des Netzes der inneren Organisation noch viel enger zu ziehen, um die Ausbreitung fürderhin in noch erheblicherer Zahl festhalten zu können.

Die Verwaltungstätigkeit entsprach dem erweiterten Umfang der Organisation, in nicht weniger als 602 Versammlungen und Sitzungen wurden die laufenden Geschäfte erledigt. Die Zahl der Funktionäre betrug außer der Ortsverwaltung und den diversen Sektionsleitungen 305 Bezirksführer, 112 Betriebsführer und 160 Betriebsvertrauensleute. Für die Miesstadt Berlin ist diese Zahl noch immer zur Entfaltung einer dauernd intensiven Agitation viel zu klein, und wir möchten an dieser Stelle nochmals an die Berliner Kollegen appellieren, sich so weit und soviel als irgend möglich ihrer Verwaltung mehr als bisher zur Verfügung zu stellen.

Leider weist der Bericht bezüglich der Tätigkeit der Bezirksführer und Vertrauensleute eine recht empfindliche Lücke auf. Unserer vorjährigen Anregung, auf Grund der von den einzelnen Funktionären vertauschten Vertrauensmarken, der Aufnahmen neuer Mitglieder, der in den Bezirken abgehaltenen Sitzungen u. ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Bezirksführer und Vertrauensleute zu geben, ist leider in keiner Weise Folge gegeben worden. Dies obwohl doch unbestritten derartige Detailberichte nicht nur von großem Werte für den Ausbau der Organisation selbst wären, weil sie mit großer Deutlichkeit irgend welche Mängel in den einzelnen Bezirken klar hervorheben ließen, sondern weil sie auch auf die minder fleißigen, aber ehrsüchtigen Funktionäre anspornend und aufmunternd wirken müßten. Es ist daher im Verbandsinteresse nur dringend zu wünschen, dem bisher Versäumten in künftigen Berichten eine seiner Bedeutung entsprechende Berücksichtigung zu Teil werden zu lassen. Bezüglich der Betriebsvertrauensleute wäre mindestens zu wissen notwendig, wie sich deren Zahl auf die einzelnen Branchen und Betriebe verteilt. Der Bericht gibt uns leider auch keine Auskunft darüber, wie oft die Verbandsangestellten Mitglieder und Nichtmitglieder beim Gewerbegericht, dem Unfallgerichtsgericht und beim Reichsversicherungsamt vertreten haben. Wir wissen, daß dies in recht häufigen Fällen geschehen ist und sehen durchaus nicht ein, warum die Verwaltung mit dieser, für die Kollegenschaft gewiß nützbringenden und segensreichen Tätigkeit hinter dem Berge halten soll. Weniger den Mitgliedern, aber den Inhabern muß bei jeder Gelegenheit bewiesen werden, was die Organisation für ihre Angehörigen tut und leistet, wie sie auf jedem Gebiete das Interesse der Berufskollegen wahrnimmt.

Die an die Mitglieder gezahlten Unterstellungen führt der Bericht in recht praktisch detaillierter Tabellenform an. Wir erfahren daraus bei der Krankenunterstützung, daß die stufenweise Erhöhung derselben, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, sich recht gut bewährt hat. So stellen die dem Verbands seit 3 Jahren angehrenden Mitglieder die Höchstzahl der Krankenunterstützungsempfänger, und nicht wie sonst, bei dem Verbands seit einem Jahre Angehörigen. Auch an Arbeitslosenunterstützung haben die 3-4 Jahre dem Verbands angehrenden Mitglieder die Höchstsumme, die Kollegen mit 8 jähriger Mitgliedschaft die zweithöchste Summe bezogen. Es ist also der Beweis erbracht, daß die Unterstützungsanstaltungen wohl geeignet sind, die Mitglieder an den Verband zu fesseln.

Die Tabellen, welche uns über die Entfaltung des Arbeitsnachweises berichten, zeigen uns, was bei einigem Fleiß auf diesem Gebiete für die Kollegenschaft noch erreicht werden kann. Die Errichtung des Unternehmensnachweises hat unserer Arbeitsvermittlung noch keinen Abbruch zu tun vermocht und wird es hoffentlich auch nicht in Zukunft vermögen.

Der Arbeitsnachweisbericht Berlins beweist uns mit unbestreitbarer Deutlichkeit, daß dieses Gebiet für unsere Gewerkschaft noch recht ertragreich ist, die Ergebnisse mühen geradezu zur Errichtung eigener Arbeitsnachweise in allen Verwaltungsstellen auf.

Das Interesse der Mitglieder für Aufklärung ist an den Ergebnissen des Bibliotheksberichts zu messen. Hier finden wir, daß die Leser sich erfreulicher Weise immer mehr den ernstesten, wissenschaftlichen Stoffen zuwenden und die Benützung der Unterhaltungsliteratur in Abnahme begriffen ist. Leider hat sich die Bibliotheksfrequenz nicht entsprechend der Erhöhung der Mitgliederzahl entwickelt. Absolut stellen die Handelsarbeiter die größte Zahl der Leser, relativ aber die Fensterreiniger und Lettergerüstbauer. Auffallend ist die geringe Benützung der Bibliothek seitens der Straßenbahner, obwohl es diese Kollegen gewiß recht nötig haben, ihr Verständnis für den Wert und die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu schärfen. Die Verwaltungsstelle 3 wird da ihren Einfluß beständig zur Geltung bringen müssen.

Wenn die Aufsätze ein nur recht kleines Kontingent zu den Lesern stellen, so ist das wohl zum größten Teile auf die ungeheure lange Arbeitszeit zurückzuführen, unter der diese Kollegen zu leiden haben. Immerhin sollte auch hier das Verständnis für den Wert des Studiums guter Bücher mehr als bisher gefördert werden.

Aus der Jahresabrechnung wären die Gesamteinnahme- und Ausgabezahlen zu erwidern, sie betrugen 101 891,73 resp. 90 505,23 Mark. An Wochenbehalten wurde ein Mehr von 71 340 vereinnahmt.

Im Hamburger Bericht wären Teile des Schlussberichts besser und richtiger als Einleitung verwandt worden. Auch Hamburg hat eine recht erfreuliche Zunahme an Mitgliedern aufzuweisen, und der Bericht sagt uns, daß auch dort unter Ausnutzung aller Kräfte im Verbandsinteresse gearbeitet worden ist. Bezüglich der im Verbands verbliebenen neuen Mitglieder zu der Zahl der ausgeschiedenen, hat sich das Verhältnis gegen das Vorjahr nicht unerheblich verbessert, der Prozentsatz der Verbliebenen beträgt 62, gegen 56,5 im Jahre 1902. Freilich kann auch hier das günstige Verhältnis noch eine Steigerung erfahren und wird es sicher auch.

Eine vergleichende Uebersicht der Arbeitslosigkeit gibt uns interessante Aufschlüsse über die Bewegung des Arbeitsmarktes. Da in Hamburg nicht einheitlich im Bureau, sondern an verschiedenen Stellen Arbeit vermittelt wird, nimmt die Berichterstattung darüber einen breiteren Raum ein. Es folgen dem Tabellen über die gewährte Arbeitslosenunterstützung und ebenso über die Krankenunterstützung, Krankheitsdauer und Krankheitsart. Aus ihnen ist mit Sicherheit zu schließen, daß die Stabilität der Mitgliedschaft eine erfreuliche Weise immer größere wird.

Besonders interessant ist die Tabelle über die Tätigkeit der Verbandsfunktionäre in den einzelnen Distrikten. Man erfährt daraus, daß die Ortsverwaltung eine sehr genaue Kontrolle über die Tätigkeit ihrer Distrikts- und Bezirksführer hat. Auf Grund dessen ist es ihr jederzeit möglich, dort, wo es notwendig, helfend und bessernd einzugreifen, das Verbummeln der Bezirksarbeit durch einzelne weniger pflichtfertige Kollegen ist daher so ziemlich ausgeschlossen. Eine weitere, ebenso interessante Tabelle zeigt die monatliche Mitgliederbewegung in den Distrikten; einen sicheren Rückschluß auf die Stabilität der Mitglieder und auf die Tätigkeit der Bezirks- und Distriktsführer bieten diese Zahlen freilich nicht, da der Verzug der Kollegen nach anderen Straßen usw. nicht berücksichtigt werden konnte. Dann zeigt uns eine weitere Tabelle

die Entwicklung der einzelnen Sektionen in den letzten 5 Jahren.

Die Tätigkeit der Sektionsleitungen ist ebenfalls in übersichtlicher Form dargestellt, weil von Allgemeininteresse bringen wir aus der betreffenden Tabelle die wichtigsten Zahlen:

Name der Sektion	Vertrauensleute aufgenommene Mitglieder	Sektionsleiter und Stellvertreter	Die Versammlungen und Sitzungen besichtigten sich mit:									
			Präsident	Beisitzer	Agitation	Wahlkämpfe in Straßen	Streikführung	Reise- tagung	Reise- tagung	Versammlung	Übungen	
Roll-, Wochwagen-, Geschäfts-Rutscher	71	?	23	2	10	16	12	18	8	2	14	
Hausdiener, Kontoristen zc.	12	?	10	2	5	8	6	4	2	4	8	
Straßenbahner	41	37	50	21	84	42	37	39	14	28		
Druckereiarbeiter	29	?	17	3	11	15	12	8	7	1	11	
Droschkentreiber	4	11	18	9	9	8	10	7	8	5	9	
Kolportierer	9	18	15	9	7	10	9	7	5	7	13	
Femverputzer	9	43	44	4	11	19	11	9	10	8	35	
Feinverputzer	6	?	11	2	6	7	5	3	4	4	8	
Waldtransporteur	3	?	4	1	2	4	4	4	1	1	3	
Druckereiarbeiter	13	28	16	2	7	22	14	11	8	1	12	
Zusammen	194	187	212	48	101	151	120	106	62	27	141	

Ueber die Lohnbewegungen, sowie über sonstige Differenzen, die ohne Streit beigelegt wurden, geben uns zwei Tabellen eine klare Uebersicht; besonders erwähnenswert ist die Bemerkung der Ortsverwaltung, daß die Unternehmer im Laufe der Zeit unterhandlungslustiger geworden sind. Bezüglich Lohnbewegungen hätte ein etwas ausführlicher Bericht über deren Begleiterscheinungen u. v. gewiß nicht geschadet. Aus der Uebersicht, betreffend die Bureauarbeit, entnehmen wir, daß diese eine recht rege war, aber auch hier, wie bei dem Berliner Bericht, vermischen wir die Angabe der Vertretungen vor den div. Gerichten, wie sie für die Kollegen seitens der Verbandsorgane ganz bestimmt in nicht ganz unerheblichem Maße ausgeführt worden sind.

Die Zahl der Verbandsfunktionäre ist in der Verwaltungsstelle Hamburg für 1903 um 130 höher als 1902 und beträgt jetzt 455 Mann.

Der Jahresabschlußbericht weist eine Einnahme von 77.380,70 Mk. auf, der eine Ausgabe von 63.191,26 Mk. gegenübersteht. Das Interesse der Hamburger Kollegschaft für Fortbildung und Ausklärung ist aus dem Bericht selber nicht zu erkennen, da die Verwaltungsstelle keine eigene Bibliothek für die Mitglieder besitzt, die Kollegen vielmehr auf die Benutzung der Kartellbibliothek angewiesen sind. Ob letzteres für unsere Kollegen von Vorteil ist, möchten wir billig bezweifeln. Die Zusammenlegung der Gewerkschaftsbibliotheken mag sich an kleinen Orten praktisch bewähren, in großen Orten ist es für die Mitglieder entschieden vorteilhafter und bequemer, wenn die Organisation, sobald sie eine größere Mitgliederzahl aufweist, auch eine eigene Bibliothek besitzt, durch welche nicht nur die Berufsinteressen besser gefördert werden können, sondern die auch den geistigen Bedürfnissen der Kollegschaft besser angepaßt ist. Die sachgemäße Benutzung einer großen Bibliothek setzt bestimmte literarische Kenntnisse voraus, die der großen Masse unserer Kollegen naturgemäß vollständig abgehen, die Kollegen sind daher genötigt im Grunde, unter den Bergen von Büchern das Richtige für sie passende herauszufinden, und haben sie sich erst einmal an ungeliebtem Material den Magen verstopft, dann lassen sie die Benutzung der Bibliothek überhaupt sein. In Berücksichtigung dieses ausschlaggebenden Gesichtspunktes haben die meisten Berliner Gewerkschaften eigene Bibliotheken für ihre Mitglieder angelegt, die sehr gut frequentiert werden, obwohl gerade den Berliner Arbeitern die umfang- und inhaltreichsten Bibliotheken, wie sonst nirgends in Deutschland, zur unentgeltlichen Verfügung stehen.

Bei aller Anerkennung für die Leistungen, die uns im Hamburger Jahresbericht geboten sind, möchten wir doch noch den Wunsch ausdrücken, bei zukünftigen Berichten die Sachgebiete einer recht sorgfältigen Nachschau zu unterziehen und auch die sprachlichen Unebenheiten in stilistischer Hinsicht etwas abzuglätten.

An den Bremer Jahresbericht kann man natürlich nicht denselben Maßstab anlegen, wie an die Berichte von Berlin und Hamburg. Nach kurzer Einstellung werden die Nachrichten Lohnbewegungen geschildert und die sonstige Tätigkeit der Ortsverwaltung in knappen Zügen dargestellt. Eine Trennung der Lohnbewegungsberichte von dem übrigen Material würde von Vorteil gewesen sein. Die Lohnbewegungen entbehren teilweise der einheitlichen Zusammenfassung, so findet die Firma Altkers Werte auf Seite 2 und 6 zusammenhanglose Erwähnung, was gewiß zur Uebersichtlichkeit nicht beiträgt. Die Vorkommnisse sind in dem Bericht nach der Zeit, in der sie sich abgespielt, geordnet, statt nach Art und Zusammengehörigkeit. Erstlich wird über die Tätigkeit der Organisation betreffs Ueberwachung und Zuneigung

der Arbeiterjugend berichtet, leider aber werden in dieser wichtigen Frage keine positiven Zahlen gegeben.

Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden 174 Versammlungen resp. Sitzungen abgehalten, das Bezirksführerheim hat sich gut bewährt und ist im weiteren Ausbau begriffen. Die Mitgliederzahl hat sich um 16 vermehrt, das Verhältnis der Beitragsziffer aber eine wesentliche Verbesserung erfahren. Während im 1. Quartal nur 7803 Beiträge vereinnahmt wurden, stieg deren Zahl im 4. Quartal auf 10.103, was auf eine sehr erfreuliche Befundung der Verhältnisse hindeutet. Die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises war ebenfalls eine zufriedenstellende. Die detaillierte Abrechnung wird den Kollegen nicht willkommen gewesen sein, desgleichen die ausführliche Darstellung der geleisteten Unterstützungen bezw. der Krankheitsfälle. Auch diesem Erklären unter den Berichten können wir, wenn man auch im besonderen so manches auszuheben hätte, im allgemeinen die Anerkennung selbstiger und geschickter Arbeit nicht verjagen.

Offen gesagt, ergänzen sich die Berichte in mancher Hinsicht wechselseitig, wird in Zukunft das besonders Gute aller vereinigt, dann muß dies ein vorzügliches Resultat ergeben. Wenn die Berichte in ihren Grundlagen fast noch ganz und gar der Einseitigkeit entbehren, so kann dem vielmehr durch Verständigung der in Betracht kommenden Verwaltungen gelegentlich der nächsten Zusammenkünfte und durch Schaffung eines gemeinsamen Grundschemas wirksam begegnet werden, dauernd wird sich wenigstens die gegenwärtige individuelle Form der Berichte, sollen sie im Interesse der Organisation ihren Zweck voll erfüllen, nicht aufrecht erhalten lassen.

Ferner möchten wir im Interesse der Organisation selbst wünschen, daß uns die nächsten Berichte etwas mehr davon bringen, was auf dem Gebiete der Kontrolle über Zuneigung der Sonntagsgemeinde, des Ladenschlusses, der gesetzlichen Ruhepausen, der Mittagspausen, der Ausstattung der Wagen mit den vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen, der Zuneigung der verschiedenen Unfallversicherungsvorschriften, der polizeilichen Vorschriften bezüglich der Beschaffenheit der Geschäfts- und Padräume zc. getan worden ist. Gerade diese Seite der Organisationsaufgaben scheint uns noch nicht im vollen Maße erfüllt worden zu sein, und doch gibt es fast kein dankbarer Feld, das sich mehr der Bearbeitung lohnen würde, weil die dabei für die Mitglieder erzielten Vorteile auch in den Augen der Fernstehenden den Wert der Organisation beträchtlich erhöhen müssen.

Die Jahresberichte der benannten Verwaltungen sind ein klaffendes Zeugnis dafür, wie große Mühe sich die Verbandsfunktionäre geben, um die Organisation vorwärts zu bringen, wie eifrig und fleißig die Verwaltungen streben, nach Möglichkeit das Beste zu leisten. Die Berichte sind ein erfreulicher Weckruf, um den Reform auf der Bahn zum endlichen Ziele, der Befreiung der Arbeiter aus den Sklavenschaften des Kapitalismus. Am die Mitglieder des Verbandes alle miteinander nur anspärend in gleicher Weise und mit gleichem Eifer ihre Pflicht, dann braucht uns um die Zukunft der Organisation wirklich nicht bange zu sein.

Die achte Generalversammlung des Hafenarbeiter-Verbandes

wurde in der Zeit vom 22. bis 26. Februar in Hamburg abgehalten. Als Vertreter unseres Verbandes nahmen an derselben teil die Kollegen Gimpel-Hamburg und Schumann-Berlin.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl von 14.560 am Schlusse des Jahres 1901 auf 16.481 am Schlusse des Jahres 1903 zugenommen ist. Diese Steigerung ist im wesentlichen auf stärkeren Anschluß der Arbeiter und Vinnenschniffer zurückzuführen, während die Mitgliederzahl der eigentlichen Hafenarbeiter nahezu stabil geblieben ist.

Der Bericht weist ferner auf die Situation im Verband hin und versucht dieselbe durch die eigenartigen Erwerbsverhältnisse der Hafenarbeiter zu erklären, ob die Einführung von Unterstützungsleistungen diesem Uebelstande abzuheben in der Lage sei, müsse abgewartet werden.

Aus dem Kassenbericht geht hervor, daß in der letzten Geschäftsjahre ein Defizit von 25.000 Mk. zu verzeichnen war, welches hauptsächlich durch die großen Ausgaben für Streik- und Gemahrgeldunterstützung entstanden ist. So seien allein in Bremerhaven für Unterstützung der Opfer des Kampfes mit dem Norddeutschen Lloyd rund 22.000 Mk. verausgabt worden. Insgesamt kostete die Kampfkasse 82.733,45 Mk. und die Mitgliederzahl 4354,43 Mk. Streik- und Gemahrgeldunterstützung.

Nach Entgegennahme der Berichte des Ausschusses, der Redaktion und Pressekommision und eingehender Diskussion derselben wurde beschlossen, das Verbandsorgan wie bisher, vierteljährlich — achteilig — weiter erscheinen zu lassen, die Funktionen der Pressekommision wurden dem Vorstand übertragen.

Als besonders bemerkenswert ist aus den weiteren Verhandlungen hervorzuheben, die Annahme eines vom Vorstand des Seemannsverbandes gestellten und vom G. Müller begründeten Antrages; derselbe lautet:

„Der Zentralverband wird beauftragt, sich in Gemeinschaft mit dem Zentralvorstand des Seemannsverbandes mit den Verbänden aller sonstigen in und an der Schiffsahrt und im Schiffbau beschäftigten Arbeitergruppen so bald als thunlich zwecks Einberufung eines allgemeinen Schiffsahrtkongresses aller in und an der Schiffsahrt und dem Schiffbau beschäftigten Arbeiter ins Einvernehmen zu setzen. Dieser Kongreß würde spätestens für das Jahr 1905 nach Berlin einzuberufen sein, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo der Deutsche Reichstag versammelt ist.“

In der Frage der Weisener wird von einer besonderen Beschlußfassung Abstand genommen und zwar in Rücksicht auf den in diesem Jahre stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß, welcher zur Weisener Stellung nehmen wird.

Es folgt sodann der Bericht über die internationale Konferenz in Stockholm. Anschließend an denselben wird darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Weiterentwicklung der internationalen Verbindungen notwendig sei, den Sitz des Sekretariats nach Deutschland zu verlegen. Die hierzu notwendigen Schritte sollen auf der im August dieses Jahres stattfindenden Konferenz in Amsterdam unternommen werden.

Zu Punkt „Agitation“ wird beschlossen, das Schlem der Agitationskommission weiter auszubauen und der Vorstand beauftragt, ein entsprechendes Regulatorium auszuarbeiten.

Besonderes Interesse bietet die Behandlung der von den Mitgliedschaften Bremen und Lübeck auf Verschmelzung mit unserem Verbands gestellten Anträge.

Nach eingehender Begründung der Anträge durch die Vertreter von Bremen und Lübeck entwickelt sich eine äußerst rege Diskussion. Der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Schumann, legt eingehend dar, welche gewaltigen Vorteile eine Verschmelzung der beiden Bruderorganisationen für die Gesamtheit der Berufsleute mit sich bringen würde. Größere Geschlossenheit dem Unternehmertum gegenüber würde gewiß auch zu größeren Erfolgen führen, jedenfalls würden Maßnahmen der Unternehmung zur Zerschmetterung der Organisation, Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zc. erfolgreicher abzuwehren werden können, als dies beispielsweise in Bremerhaven den Maßnahmen des Lloyd gegenüber möglich gewesen ist. Dazu kommen die finanziellen Vorteile, welche sich aus der Einheitskraft in der Agitation durch prozentuale Verringerung der Beiträge, Fahrgelder zc. ergeben würden. Andererseits könnte die Agitation mit vereinten Kräften viel intensiver betrieben werden, sobald die bei der Verschmelzung dann etwa 50.000 Mitglieder starke Organisation es mit Rechtigkeit zur Verdoppelung ihrer Angehörigen bringen und dann im wirtschaftlichen Kampfe einen weit gewaltigeren Faktor bilden würde, als dies zur Zeit der Fall ist. Außerdem sei in Betracht zu ziehen, daß die Angehörigen beider Organisationen bereits zusammengehören und daß die jetzt schon vorhandenen Reibungsflächen immer größer werden und naturgemäß zu Konflikten führen müßten. Dilemma müsse rechtzeitig durch eine Verschmelzung vorgebeugt werden.

Einige Delegierte treten ebenfalls für die Verschmelzung der beiden Verbände ein, während andere wohl zugeben, daß theoretisch betrachtet die Verschmelzung wohl vorteilhafter sei, daß ihr aber schwerere praktische Bedenken gegenüberstünden. Vor der Hand sei ein verständiges „Retenir“ wünschenswert, verleiht Schlägen“ die Hauptsache und vor allem notwendig, die gegenwärtige Konkurrenz zu vermeiden, die leicht in „amoralischen Wettbewerbs“ ausarte und die Unzufriedenheit naturgemäß derart vor den Kopf stoße, in ihnen die Vermutung erwecke, als handle es sich um persönliche Profitinteressen, daß schließlich beide Organisationen Schaden leiden.

Trotz der Mahnungen des Vorsitzenden wird die Debatte schließlich zum Teil persönlich und entwickelt sich zu einer Kritik der Agitationsmethoden unseres Verbandes. Schumann weist nochmals darauf hin, daß gerade zur Befestigung der unsreilbar vorhandenen Reibungsflächen die Einigung notwendig sei.

Gimpel geht zunächst auf die unserem Verbands gemachten Vorwürfe ein und weist nach, daß es sich in den meisten Fällen um Meinungsverschiedenheiten darüber handelt, ob die in Frage kommenden Arbeiter Transportarbeiter oder Hafenarbeiter seien. Das erstere seien sie in jedem Falle, und so komme es eben hier und da — mit Ausnahme Hamburgs — zu Differenzen. Wollte man diese vermeiden, dann müsse man der Verschmelzung das Wort reden. Es komme aber noch ein anderes hinzu und zwar die Unterstützungsfrage. Während im Transportarbeiterverbande bereits ein wohlorganisierter Unterstützungsheim bestehe, solle es im Hafenarbeiterverbande erst geschaffen werden. Es wäre deshalb doch viel richtiger, wenn eine Verschmelzung der Verbände herbeigeführt und dadurch die vorteilhaften Einrichtungen des einen dem anderen nutzbar gemacht würden. Anschließend für die Vereinigung sei allerdings auch für ihn die Notwendigkeit der Schaffung einer widerstandsfähigen und leistungsfähigen Organisation als Bollwerk gegen Unternehmerrückgriffe.

Hierauf wird ein Antrag, die Frage der Verschmelzung den Mitgliedschaften zur Urabstimmung zu unterbreiten, mit 16 gegen 16 Stimmen abgelehnt und an dessen Stelle folgender Antrag angenommen:

„Der Zentralvorstand wird beauftragt, mit dem Vorstand des Seemanns- und Transportarbeiterverbandes in Unterhandlungen zu treten und zu prüfen, auf welchem Wege sich eine Verschmelzung der beiden Verbände ermöglichen läßt. Der Vorstand hat das Resultat dieser Unterhandlungen dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten.“

Mit 27 gegen 13 Stimmen wird sodann die Einführung einer Krankenkasse beschlossen. Bei 10 Mk. Wochenbeitrag soll nach halbjähriger Beitragszahlung ein Krankengeld von 3 Mk. wöchentlich gewährt werden, das sich nach einem Jahre auf 4 Mk., nach zwei Jahren auf 5 Mk., und nach drei Jahren auf 6 Mk. erhöht. Die Zahlung des Zuschusses erfolgt nach der ersten Krankheitswoche und dauert ein Vierteljahr.

Der Verbandsbeitrag wird von 20 auf 30 Pf. pro Woche erhöht. Ferner wird beschlossen, den Beitrag nur für 39 Wochen im Jahre zu erheben und dafür an Stelle des beschlossenen 10 Pf. - Unterfütungsbeitrages 15 Pf. pro Woche zu erheben, so daß insgesamt 45 Pf. pro Woche zu entrichten seien.

Als Delegierte zur internationalen Konferenz in Amsterdam werden Döring-Samburg und Deder-Magdeburg und zum Gewerkschaftsleiter Döring und Schief-Samburg gewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Stettin statt.

Aus unserem Beruf.

Diesfahrer.

Verichtigung. In voriger Nummer brachten wir einen Irrtum der Firma Engelhardt, in diesem muß es unter Kleiderarbeiter richtig heißen:

Arbeiter über 20 Jahre alt, welche schon in Flaschenbier-Kellereien gearbeitet haben, erhalten einen Anfangslohn von 20,50 Mk. pro Woche. Arbeiter, welche in Flaschenbier-Kellereien noch nicht tätig waren, erhalten einen Anfangslohn von 18 Mk. pro Woche. Derselbe erhöht sich nach 6 Wochen auf 19 Mk. und nach 8 Monaten auf 20,50 Mk. pro Woche.

Dortmund. Gerade wie beim Militär. Eine schöne und nachschungswürdige Einrichtung, wie sie besser nirgend gemacht werden kann, besteht in der Brauerei Lierer u. Comp. Die sämtlichen Kutscher müssen nämlich jeden Sonntag morgen mit ihren Pferden komplett im Geschirr auf dem Hofe antreten, wo dann Herr Krämer Jr., dessen Vater Mitinhaber der Firma ist, den Appell über dieselben abgibt. Derselbe hat nämlich als schneidender Einsparer bei der Kellerei in Bayern gebüht und deshalb selbstverständlich viele Ahnung vom praktischen Dienst, wenigstens mehr, wie die Kollegen, welche drei Jahre bei der Firma gebüht haben. Nun will der junge Herr seine Kenntnisse auf die Kutscher übertragen, und wehe dem Kollegen, welcher nicht ordentlich gepußt hat, es könnte dem ein Ertragsvergnügen stören, indem er ein zweites Mal zum Appell antreten müßte. Mit solchen Arbeiten müssen sich unsere Kollegen bei barem Lohn und langer Arbeitszeit auch noch das Sonntags abquälen. Die Kollegen sollten sich einmütig dem Verbands angeschlossen, dann wäre es eine Kleinigkeit und ein leichtes, andere Zustände zu schaffen oder wollen die Kollegen noch das Sonntags auch eine Stunde Instruktion haben über Disziplin?

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Flaschenbierarbeiter hiesiger Filialen auswärtiger Brauereien tagte am 21. Februar im Coburger Hof. Der Referent sprach über das Thema: Ist es möglich, Tarifverträge abzuschließen? Redner zeigte in längeren Ausführungen, wie die sozialen Gegensätze sich immer mehr zuspitzen, wie der Streik aber ein zweiseitiges Schicksal seien. Im weiteren geht Redner auf den mit den Leipziger Brauereien abgeschlossenen Tarifvertrag ein und hebt hervor, daß nur die Uneinigkeit der Arbeiter Schuld daran trage, daß diesem Tarif noch Mängel anhaften. Auch die Arbeiter in den Flaschenbier-Kellereien haben wiederholt den Wunsch geäußert, daß auch für sie etwas geschaffen würde. Um diesem Wunsch Rechnung zu tragen, sei nach verschiedenen Seiten hin Rücksprache genommen worden, das Resultat dieser Besprechungen sei die Vorlegung eines Tarifvertrages auch für die in hiesigen Filialen auswärtiger Brauereien beschäftigten Flaschenbierarbeiter. Redner geht auf die einzelnen Punkte des Vertrags ein, der für in seinen wesentlichen Teilen an den mit den hiesigen Brauereien abgeschlossenen Tarif anlehnt und erwidert die Versammlung um Zustimmung zu dem vorgelegten Vertrag. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine recht lebhaft ausgeführte, in der verschiedene Wünsche aus den einzelnen Betrieben ausgedrückt wurden. Nach einigen Änderungen an der Vorlage wurde beschlossen, die so abgeänderte Vorlage dem Herrn Brauereibesitzer bzw. deren Vertretern zu unterbreiten, und die Verhandlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter mit den sich etwa nötig machenden Verhandlungen zu betrauen. In seinem Schlusswort ermahnte der Referent die Kollegen zum festen Zusammenhalten, nur dadurch werde es möglich, den Tarifverträge bei den Brauereifilialen Anerkennung zu verschaffen. Die in dem Tarifvertragsentwurf aufgestellten Forderungen seien nicht hoch, würden doch bei der Schlichtung-Brauereileberlage bereits höhere Löhne gezahlt, auch sei eine kürzere Arbeitszeit eingeführt, als in der Vorlage verlangt werde.

Sulzgart. Mit dem Antrag auf Abschaffung des Kraft- und Schlafloves bei den Flaschenbier-Großhändlern. Schmidt wendet sich die Kutscher desselben an unsere Verbandsleitung. Die Zustände in diesem Geschäft sind derartig, daß in ständiger und sanitärem Interesse absolut Abhilfe geschaffen werden muß, und es wurde deshalb an Herrn Sch. die Forderung auf Abschaffung jener Zustände und Einführung eines bestimmten Wochenlohes gestellt. Müllig erklärte sich Herr Sch. zu Unterhandlungen bereit, wiewohl er doch, daß in seinem Geschäft nicht alles so laßelohne ist und im übrigen weiß er genau, daß er mit der Arbeiterkraft als Unternehmer seiner „Produkte“ zu rechnen hat. Bei den Verhandlungen zeigte sich ihm, daß die betr. Kollegen, welche Herr Sch. vorher im Kontor über die ihm zugegangene Forderung befragte, diese Forderung sollen lassen, so daß nur noch über Lohn-erhöhung gesprochen werden konnte. Herr Sch. gab eine solche von 5 Mk. pro Monat, das Schlaf- und Kraftloves will er nach und nach beseitigen.

Da nun die Kutscher mit dieser Abmachung nicht zufrieden sind, suchte sich einer derselben eine andere Stelle, doch hatte er die Rechnung ohne Herrn Sch. gemacht. Das Telefon wurde in Tätigkeit gesetzt und der Kutscher erhielt von seinem neuen Arbeitgeber die Mitteilung, daß die Stelle anderweitig besetzt sei. Eine solche Kleinigkeit gegenüber einem Arbeiter, der 4 Jahre im Geschäft war, hatte der Kutscher nicht erwartet. Den noch im Geschäft tätigen Kutscher und auch den weiblichen Hilfs-

personen aber sei der Rat erteilt, mehr wie bisher zusammen zu halten und sich samt und sonders dem Verband anzuschließen, dann wird auch Herr Sch. einsehen, daß er nur durch billige und baldige Abschaffung des Kraft- und Schlafloves geordnete Verhältnisse in seinem Geschäft erhält.

Droschkentreiber.

Nobel. Die Vereinigung Frankfurter Droschkentreiber (a. M.) hat in ihrer Sitzung am 24. Februar beschlossen, dem Droschkentreiberverbanden Wilb. Deder, welcher seit 1872 ununterbrochen eine Nummer führt, ein Anerkennungsdiplom nebst einer Eintrittskarte für den Zoologischen Garten zu übermitteln. Soll das vielleicht ein zarter Hinweis darauf sein, daß der alte Kollege ein Kamel war, weil er sich so lange für andere Leute abgeschunden hat? Das ist wohl die Poese des Droschkentreiberberufs, daß ein solcher am Ende seiner Erdenlaufbahn unentgeltlich zoologische Studien machen darf.

Wien a. M. Die Wirkung resp. Handhabung der Straßenpolizeiverordnung betr. des Droschkentreibers. Wohl kein Tag vergeht, an dem nicht ein oder mehrere Droschkentreiber mit Strafprotokollen bedacht worden und dies wegen der kleinlichen Eitelkeit. Von den vielen seien hier nur einige Fälle herausgegriffen:

Besindet sich ein Führer auf dem Wege zu dem ihm vorgeschriebenen Stand am Bahnhof, den er Punkt 8 Uhr morgens eingenommen haben muß und wird von einem Fahrgast angehalten, ihn irgend wohin zu befördern, so ist der Führer dazu verpflichtet, um sich wegen Nichtannahme eines Fahrgastes nicht strafällig zu machen, den Fahrgast aufzunehmen. Andernfalls ist der Führer ebenfalls strafällig, wenn er Punkt 8 Uhr seinen Stand nicht inne hat. Kann der Führer Zeugen für das verspätete Eintreffen nicht erbringen, ist ihm eine Erleichterung von 3 Mk. sicher.

Für jede derartige Fahrtunterbrechung müßte der Führer die Fahrgäste nach als Zeugen führen, und das bedeutet eine unheimliche Verletzung der Fahrgäste.

Nach viel rigorosere geht die Behörde in der Entziehung der Fahrerlizenzen zu Werke, gleich auf Wochen, ja auf Monate hinaus werden Führer sowie selbständige Droschkentreiber mit der Entziehung beglückt. Wer für die Familie eines so Betroffenen sorgt, wer für die Miete der Stallung und Kasse, sowie die Erhaltung der Pferde sorgt, darüber macht sich die Behörde wenig Kopfzerbrechen. Alle Beschwerden und Proteste waren bisher fruchtlos. Ein Führer wurde wegen verurteilten Straßenverwehrs mit der Entziehung des Fahrerlizenzes bestraft, obwohl der Zufall drei andere Führer an einer Straßenverwehrsung zusammenstellte, der Droschkentreiber müßte aber den Brüggenbogen abgeben. Derartige Vergehen werden einzeln und allein nur von der Behörde als solche erkannt. Es haben Protokollierungen stattgefunden wegen Verwehrsungen, obwohl der betreffende Führer seit einem Vierteljahr keine Schür an der Westseite hatte, und zwar zur Abwechslung gleich mit 5 Mk.

Bei Geldstrafe ist es oft beim besten Willen nicht möglich, zur Stelle zu sein, weil das Sanftmütigen zu spät geschieht und das glatte Pflaster unpflasterbar ist. Ausreden gibt es nicht, die Behörde betrachtet, der Kutscher bleib und der Stadtfeld schwillt an. Beim letzten Schneefall erhielten gleich elf Führer je ein Strafmandat von 3 Mk.

Da nun Droschkentreiber sowohl als Führer, wie überhaupt das ganze Gewerbe unter dem untrüglichen Druck leidet, müßte man annehmen, ein gemeinsames Vorgehen zu Stande bringen zu können. Kaum haben sich aber ca. 25 Führer unserem Verbande als Section angeschlossen, so geht auch schon die Hege los. Der besten und mutigsten Einer wurde, nachdem er gerade ein Jahr bei F. G. Metzger in Stellung war, entlassen. Um Gründe sind die Herren nicht verlegen. Hier wird das Gewerbegericht noch ein Wort mitreden und Herrn Metzger eines anderen belehren. Seltenes unseres Verbandes war eine Besprechung angelegt; der Direktor der Rheinischen Karamell-Fabrikgesellschaft verbot den Kutschern den Besuch der Besprechung bei Strafe der Entlassung. Der Herr scheint noch nicht zu wissen, daß jedem deutschen Staatsbürger — und als solche gelten auch die Karamellkutscher — das Recht zusteht, sich zu vereinigen, andererseits ist den Herrn sehr wenig angetan, wo die Lohnkassen ihre freie Zeit verbringen.

Entscheidend wäre die Besorgnis, wenn es sich um Lohnfragen usw. handelte, was aber keineswegs der Fall ist.

Eine öffentliche Versammlung soll demnächst stattfinden und über die weiter zu unternehmenden Schritte beraten.

Fensterputzer.

Für Rheinland-Westfalen findet am Sonntag, den 10. April, in Düsseldorf eine Konferenz der Fensterputzer statt. Tages-Ordnung und alles Weitere wird in der nächsten Nummer dieses Blattes bekannt gegeben.

Berlin. Tarifliche Bindung der Reichsorganisierten. Ein Fensterputzer wollte durch Klage beim Gewerbegericht eine Lohnentschädigung erzielen. Der besagte Arbeitgeber wandte ein, daß er durch Unterfützung den Tarif der Fensterputzer anerkannt habe, der vom Verbands der Handels- und Transportarbeiter vertreten wurde, danach sei aber die gesetzliche Abmündungsfrist ausgeschlossen. Der Kläger entgegnete, daß er persönlich den Abmündungsausschluß durch den Tarif nicht anerkenne. Ihm sei bei seinem Engagement auch nicht gesagt worden, daß ihm eine Abmündungsfrist nicht zustehe solle. Darum gelte für ihn die gesetzliche Abmündungsfrist. — Die Kammer 7 des Gewerbegerichts billigte dem, ger eine Lohnentschädigung jedoch nicht zu, indem sie davon ausging, daß der mit dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter abgeschlossene Tarif mit dem darin niedergelegten Abmündungsausschluß ohne weiteres auch für den Kläger bindend sei.

Die Konsequenz dieses Urteils ist, daß allen Klagen wegen dem Tarif nicht entsprechender Lohnhöhe ohne wei-

teres stattgegeben werden muß. Die Unternehmer können demnach gezwungen werden, tarifliche Löhne zu zahlen. Wir wollen's mal versuchen.

Berlin. Eigenartige Geflogenheiten herrschen bei der Firma W. Nobelwald. Die dort beschäftigten Kollegen, 6 an der Zahl, sind gezwungen, ehe sie morgens ihre Arbeit in Empfang nehmen, erst einen bestimmten Tribut dafür zu entrichten. Um einen Geschäftsführer zu sparen resp. die Arbeit des Morgens nicht selbst ausgeben zu müssen — früh aufstehen ist bekanntlich für Unternehmer äußerst schädlich —, hat Herr Nobelwald die Praxis eingeführt, daß die gesamte Geschäftsführung von einem bestimmten Restaurateur in der Königsstraße erledigt wird. Die Arbeiter sind also gezwungen, ehe sie die Arbeit antreten, sowie bei Beendigung derselben, dies Restaurant aufzusuchen. Dasselbe trifft zu bei den Kollegen, welche ebl. bei der Firma Nobelwald am Werk nachfragen. Nun wollen wir unter feinen Umständen behaupten, daß diese Praxis eingeführt ist, um dem betr. Restaurateur irgend welchen Geschäftsvorteil zuzuführen, denn dies würde gegen Moral und Sitte verstoßen und unter Umständen auch nach der Gewerbeordnung strafbar sein. Wir nehmen an, der Grund hierfür ist nur in der Bequemlichkeit des Geschäftsinhabers zu suchen. Trotzdem ist es vorgekommen, daß einzelne Kollegen, nachdem sie die ganze Woche gearbeitet hatten, infolge dessen auch gezwungen waren, das Geld zu beschaffen, dort den größten Teil ihres verdienten Geldes — es ist nämlich Sitte, die Woche über anzuführen — zu vergehen.

Um derartige unangenehme Verhältnisse aus der Welt zu schaffen, sind doch unsere Kollegen schon infolge ihres Berufs genug gezwungen, Kneipen aufzusuchen, besief der Kollege K. eine Betriebsbesprechung ein, um Mittel und Wege zu beraten, welche geeignet wären, eine Besserung herbeizuführen.

Da eine derartige Anwendung aber wiederum geeignet ist, den Unternehmer in seinem so liebgehabten Nihilisma zu fassen, wurde die Besprechung einberufen, ohne Herrn Nobelwald erst um Erlaubnis zu fragen.

Da aber der gesamte geschäftliche Verkehr sich, wie oben bereits geschiedert, in einem Restaurant abwickelt, konnte ein derartiges freibewusstes Begnügen nicht vor dem Unternehmer beibehalten werden. Raum hatte letzterer dies in Erfahrung gebracht, jermarterte er sich auch sein Vorn, wie dem entgegen zu treten wäre. Nach langem Hin- und Herdenken kam er endlich auf den, dem Unternehmertum in derartigen Fällen immer so bequemen Ausweg, der Jeger, der Wähler, der mich ruinieren will, muß hinaus. Er richtete also folgendes Schreiben an seinen Geschäftsführer resp. Restaurateur Herrn B.

Herr B. teilen Sie bitte R. mit, daß ich ihn Abgemeldet habe, ich lasse mich nicht zu Grunde richten, ich bin Familien Vater von 4 Kinder er kann Gott danken daß ich heut abend nicht hier bin, ich würde mich vergriffen".

Wir verstehen allerdings nicht, wie Herr Nobelwald dadurch, daß er die Arbeit nicht mehr in einem Restaurant verbergen würde, zu Grunde gerichtet werden kann, denn er ist ja nicht Inhaber des Restaurants. Noch weniger können wir uns die im letzten Teil des Schreibens enthaltene Drohung erklären. Wir würden es aber mit Treuen begrüßen, wenn Herr Nobelwald sich mal selbst vergriffen würde, daß er in seinen Kellern sich gleichwertige Menschen fest, die ebenfalls Familienväter sind und für Frau und Kinder zu sorgen haben, die schon dankbar wären, wenn sie nicht wenn auch nur indirekt — gezwungen würden, den größten Teil ihres verdienten Lohnes, der für die Familie bedeutend besser zu verwenden wäre, in Kneipen unnütz zu vergehen.

Darum, Kollegen, hinein in die Organisation, erst wenn alle Fensterputzer derselben angehören, wird es möglich sein, derartige Zustände aus der Welt zu schaffen, sowie mit Herrn Nobelwald in dieser Beziehung ein recht's Worteln zu reden.

Dresden. Der Fensterputzer Franz Goldammer hatte seine Verbandsbeiträge so wenig pünktlich entrichtet, daß in Berlin in sein Mitgliedsbuch der Vermerk eingetragen werden mußte: „11 Wochen Karenzzeit“. Am 15. Januar meldete sich G. von Berlin kommend in Dresden an. Trotzdem ihm, als ehemaligem Dresdener, bekannt ist, daß die Arbeit täglich abends 7 Uhr in unserm Bureau ausgegeben wird, wurde er nach extra darauf aufmerksam gemacht. G. erschien jedoch nicht, sondern erst am 27. Januar nachmittags und verlangte auf sein Verbandsbuch ein Darlehen von 3 Mk. Dies sollte er am nächsten Morgen in Empfang nehmen, jedoch selbigen Abend gegen 7 Uhr wegen Arbeit nochmals anfragen. Nun, Arbeit war da, G. erschien jedoch nicht. Die Stelle konnte deshalb nicht besetzt werden. In der Erwartung, daß sich G. hätte am nächsten Tage 4 Mk. verdienen können, lehnten wir nunmehr die Gewährung des Darlehens ab. Wenn G. nicht arbeiten will, braucht er auch kein Darlehen. Darauf erhielten wir noch am selben Tage folgende Postkarte:

Dresden, den 28. Januar 04.
An den
Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Austritt aus dem Verband, da ich die 3 Mk. nicht wollte gekriegt sondern nur geborgt, da ich was notwendiges zu bezahlen hatte. Wenn es nur ein anderer wäre, die bekommen es sofort.

Mitlingshoff
Franz Goldammer.
Am nächsten Tage ging noch folgende Postkarte ein:
Dresden, den 29. 1. 04.

An den
Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Da ich heute meinen Freund Goldammer traf und mir die Sache vorstellte, die heut in Ihrem Bureau mitgefunden hat, so erkläre ich hiermit meinen Austritt aus dem Verbands, da er mir ja auch nichts nützen kann.

Sich soll nur erwähnen, daß er 2 Jahre im Verbande war und es tut mir leid, daß Sie ihm nicht einmal die paar Pfennige zutrauen.

Achtungsvoll

Hermann Körner,
Werderstr. 3.

Es gibt eine bestimmte Sorte Kollegen, die den Verband nur als Pimplasse betrachten. Wer wegen eines derartigen Grund seinen Austritt aus dem Verband erklärt, hat nie begriffen, was eine Organisation ist und deshalb hängen wir diese Handlungsweise etwas tiefer. Die beiden Namen mögen sich die Kollegen allerorts gut einprägen.

Hannover. Mit welcher Qualität von Arbeitgebern unsere Kollegen manchmal für sich nehmen müssen, dafür haben wir wieder einmal einen recht deutlichen Beweis erhalten, wie nachstehendes bezeugt.

Der Fensterreinigungsunternehmer H. Schröder, Diebstahlschuppe, verbrachte am Weihnachtsabend seinen 5 Kindern in ebener Unterhaltung eine Gratifikation und zwar „zum neuen Jahre“. Mit dem betreffenden Sonnabend wie an den folgenden war der Herr Unternehmer bei den Lohnzahlungen „leider“ dringend verhindert, und so ist den Kindern das „Geschenk“ denn bis zum nächsten Weihnachtstage „aufgehoben“. Als kürzlich einer unserer Kollegen starb und seine Mitarbeiter ihm die letzte Ehre erwiesen, war auch Herr Schröder so freundlich, den verstorbenen seinen Tag vom Lohne abzugeben, obgleich die an diesem Nachmittage veräußerte Arbeit bei der Kundschaft wohl und ganz nachgeholt wurde!

Mit dann bei diesem „Gern“ ein Kollege, der fast 10 Jahre in diesem Geschäft tätig war, sich verändern wollte, schrieb Herr Sch. ihm nachstehendes wortgetreue „Zeugnis“:

Zeugnis.

Der Fensterputzer „.....“ war in mein Geschäft von 8. Oktober 1894 bis heute tätig.
H., d. 17. 10. 1903.

H. Schröder.

Nachdem d. 28. 10. 03 bis heute dem 13. Februar 1904.

H. Schröder.

Auf die gefällige Ungültigkeit dieses „Zeugnisses“ aufmerksam gemacht, stellte der Arbeitgeber nachstehenden Schein aus.

Zeugnis.

Der Arbeiter „.....“ war in mein Geschäft von 8. Oktober 1894 bis 17. Oktober 1903 von da ab 28. Oktober 1903 bis 13. Februar 1904 und während der Zeit zu meiner Zufriedenheit.
H. d. 15. Febr. 1904.

H. Schröder.

Sollte man es für möglich halten, daß eine geregelte Frage beim Gewerbegebiet diesen „Herrn“ erst überzeugen mußte, was seine gefällige Pflicht ist?

Ein anderer Unternehmer, Haase mit Namen, importiert sich seine „Kräfte“ aus Straßburg und schickt dafür die hier Anstehenden zu Kauf. Nach dem Grunde dieser Handlungsweise befragt, ließ er durchblicken, falls in diesem Jahre gestreikt würde, habe er bereits für Ersatz gesorgt! Und haben die Herren dann solche „Geboten“ ausgeführt, dann wundern sie sich gar, daß die Unzufriedenheit in den Reihen ihrer Arbeiter täglich Anstalt durch gemeinschaftliche Verträge den Vorteil aus beiden Seiten zu wahren, wurde struppellos weitergebetrieben und der — „Gern“ in Östlingen schwand dazu garzlos den „roten Leinen“! — Ja, es ist manchmal doch wirklich zum Lachen.

Handelsarbeiter.

Berlin. Bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Auer-Gesellschaft erhalten wir folgende Aufschlüsse: Wenn beim Beginn der Saison neue Pader eingestellt werden, so erhalten genannte einen Anfangslohn von 35 Pfennig pro Stunde. Das macht bei 9½ stündiger Arbeitszeit 3,24 Mk. pro Tag. Dieser Lohn wird aber in der Zeit nur 11 Tage gezahlt. Verfährt sich ein Pader, so erhält er nach dieser Zeit einen Stundenlohn von 40 Pfennig, also 3,70 Mk. pro Tag. Bei diesem Lohn bleibt es allerdings 1 Jahr, bis die dann folgende Zulage von 2½ Pf. pro Stunde erfolgt. So wurde bisher verfahren, bis die Pader den höchsten Lohn von 45—50 Pf. pro Stunde erreicht haben. Ueber den Pader, welchem der Lohn von 55 Pf. auf 40 Pf. pro Stunde reduziert wurde, haben wir uns nicht veranlaßt gefühlt, für den in Frage kommenden einzutreten, da derselbe nie zu bewegen war, der Organisation beizutreten. Was die Führerführer anbetrifft, können wir mitteilen, daß dieses Uebel bereits ¼ Jahr verschwunden ist. In den früheren Führerführern sind seit der Zeit Führer eingestellt, welche einen Stundenlohn von 40, 45 und 50 Pf. erhalten. Ferner haben wir noch mitzuteilen, daß der Punkt über die Behandlung des Herrn Richter bereits seitens der Organisation geregelt ist. Sollten jedoch solche Straßensoldaten wieder an die Tagesordnung kommen, so wird jeder organisierte Kollege wissen, wo er sein Recht zu suchen hat.

Berlin. Recht traurige Arbeitsverhältnisse sind es, unter denen unsere, bei der Firma Jacob u. Jakobowitz beschäftigten Kollegen dahin begelerten. Die mit dem Sozialisten und Weibern der Dürme beschäftigten Arbeiter erhalten bei einer Arbeitszeit von früh 7 bis 7 Uhr abends einen Wochenlohn von 18 bis 20 Mk., die Arbeiterinnen, welche das Köchen der Dürme zu besorgen haben, bei einer Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends einen Verdienst von 9 bis 12 Mk. zu verdienen. Die Arbeitsräume befinden sich in einem ca. 4 Meter tiefen Keller, in welchem sich außer einer Öffnung, durch welche das Salz hinein befördert wird, kein Fenster befindet und deshalb den ganzen Tag Gaslicht brennt. Sogar kommt, daß noch familiäre Einrichtungen, bestehend in einem Kettel, wo durchschnittlich 30 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, vorhanden sein müßten, gar keine Rede ist. So befindet sich z. B. neben dem Expeditionsraum der Pferdehall mit dem dazu ge-

hörenden Dungbehälter. In der Expedition selbst befindet sich ein Gully, in welches die aus dem Stall kommende Flüssigkeit (!!!) hineinfließen. Der von diesen ausgehende Geruch, verbunden mit dem Geruch der Dürme, soll nicht besonders gesundheitsdienlich sein. Auch soll es vielfach vorkommen, daß diese Flüssigkeiten mit dem zum Köchen zu benutzenden Wasser, welches nach oben gepumpt wird, mischen. Genug mit dieser kleinen Auslese für heute; schon hieran zeigt sich, daß es keine zünftigen Verhältnisse sind, unter denen die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen leben. Aber die Hauptschuld trifft auch selbst, Kollegen. Wiederholt sind wir zu Euch herangetreten, haben mehrmals Euch zu einer Besprechung der traurigen Lage eingeladen, aber stets habt Ihr die helfende Hand der Organisation achsellos weisend geschoben. Von Euch selbst wird es abhängen, Kollegen, ob Ihr weiter unter diesen unbilligen Umständen leiden wollt oder ob Ihr gewillt seid, als Menschen zu leben und gestraft zu werden. Treitet dem Verstande bei und legt so selbst Sand ans Werk, denn nun so ist es möglich, geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und Eure wirtschaftliche Lage zu bessern.

Halle a. S. In seinem der hiesigen Materialwaren-Engros-Geschäfte herrschen wohl solche Mährchen, wie bei der Firma Düben u. Hermann, Mansfelderstr. 8. Dort müssen die Mitarbeiter von früh 6 Uhr bis abends 1/8 Uhr und oft noch länger für den horrenden Lohn von 17 Mark pro Woche arbeiten, davon wird aber auch noch das Krankengeld abgezogen, was meistens in den übrigen Geschäften nicht üblich ist; Sonntagsarbeit und Ueberstunden werden nicht bezahlt. Nun verweigerte ein dort beschäftigter Arbeiter das Abgeben einer Führer Karte nach abends 1/8 Uhr, also nach Feierabend. Die Antwort darauf war: der Arbeiter wurde gefoltert. Es mußte dem Arbeiter auch noch das Mahner passieren, daß er am Sonntag etwas für seine Familie zu tun hatte. Er sagte dies, wie immer in solchen Fällen, dem Vorgesetzten, dieser wies ihn diesmal aber an den Chef, doch der Arbeiter glaube nach dem bisherigen Modus dies nicht nötig zu haben und ging ohne den Chef zu fragen nach Hause. Die Folge war, man entließ ihn sofort, trotz aller Heiligsprechung des Feiertags und der frommen Sitten seitens des Herrn Chefs, denn die Autorität mußte behauptet bleiben, so meinte der Herr Chef. — Wie sieht es aber nun sonst noch in diesem Geschäft aus? Drel der Knäpser und Arbeiter müssen im Geschäft schlafen und zwar in einem so kleinen Raum, daß die Betten übereinander gestellt sind und so der Raum geistlich nicht den polizeilichen Vorschriften entspricht. Dafür haben sie aber die Vergünstigung, daß sie auf die Werke des Nachts aufpassen haben und auch, wenn es die Herren Chefs wünschen, immer zur Stelle sind. Den betreffenden Knäpsern und Arbeitern werden aber noch 1 Mk. Schlafgeld abgezogen. Auch an der höheren Bildung scheitert es einigen dort angestellten Lageristen nicht zu fehlen. Diese Herren, nebenbei bemerkt, gelehrte Kaufleute, betragen sich schlimmer als die Arbeiter, welche auf dem Dorfe weiter nichts gelernt haben, als Ochsen zu züchten. Die Ausweisungen sind: Dage, Rindvieh, ich trete Dich vor den Wandl oder schmeiße Ihnen ein Brot Zunder ins Kreuz, sind an der Tagesordnung. Das meiste dabei leistet einer der Herren, welcher den Chinesenbäuer mitgemacht und dort seine Kenntnisse auf landwirtschaftlichem Gebiete bereichert hat. Im übrigen möchten wir noch darauf hinweisen, daß gerade diese Firma mit einer ganzen Reihe kleiner Geschäftsteile in Verbindung steht, die ausschließlich Arbeiterkundschaft haben, aber auch mit Konsumvereinen Geschäfte macht.

Leipzig. Um der Bewegung unter den Buchhändler-Markthelfern auf die Beine zu helfen, wurde im vorigen Jahre eine eigene Sektion für diese Kollegen errichtet. Im ersten Anfang gelangte man, daß nimmermehr Leben in die Kolonne gekommen sei. Weder war dies nur Strophen, und die Erschaffung ist bald wieder eingetreten. Viele vergaßen schließlich auch das Betragesahlen, und so ist die Sektion, von der wir uns, weil sie sozusagen unsere Berufszugehörigkeit umfaßt, recht viel versprochen, wieder auf dem alten Stand angekommen. Kein Wunder, wenn die lange Arbeitszeit heute noch immer länger wird und ebenso die Sonntagsarbeit. Wenn sich niemand von den Kollegen um die Ueberwachung der Gewerke kümmert und der Disziplinierung alles ausgeblendet wird, dann können allerdings große Fortschritte nicht gemacht werden. So kann es aber schließlich auf die Dauer nicht einzig bleiben. Die älteren Kollegen müssen den jüngeren mit dem guten Beispiel bei der Arbeit vorangehen, soll aus der Sache etwas werden. In der letzten Sektionsversammlung fehlten aber leider gerade die älteren Kollegen. Das soll nicht mehr vorkommen. Es gilt für jeden, mitzuarbeiten am Gemeinwohl, dafür zu sorgen, daß unsere Organisation ihre Aufgaben erfüllen kann und ein mächtiger Faktor im Wirtschaftsleben wird.

Wiesbaden. Eine gesicherte Erläuterung bis an ihr Lebensende sollen nach einem bekannten Ausspruch die Arbeiter haben. Wie es aber mit dieser „gesicherten“ Erläuterung bestellt ist, beweist folgendes Beispiel:

In einem hiesigen größeren Geschäft war ein Kollege über 10 Jahre lang zur vollen Zufriedenheit seiner Arbeitgeber als Hausdiener gegen 18 Mk. Wochenlohn tätig gewesen. Getreulich hatte er seine „Pflicht“, den Profit des Kapitals vermehren zu helfen, erfüllt. Da erkrankte er eines Tages und mußte seine Tätigkeit auf einige Wochen unterbrechen. Mitten in dieser Krankheitsperiode erhielt nun der Kollege nicht etwa ein Schreiben seiner Arbeitgeber, in dem sie ihn ermahnten, die Krankheit rechtzeitig ausheilen zu lassen, ehe er seine Arbeit wieder aufnimmt, sondern — die Sündigung. Das war der Punkt der Arbeitgeber für die jahrelange, getreue Mitarbeiterleistung. Gleich einer ausgepreßten Zitrone hat man den im Dienste des Kapitals ergrauten Mann auf die Straße geworfen, hat ihn eventuell dem Elend überliefert. Denn es hält bekanntlich außerordentlich schwer, einen alten Veteranen der Arbeit anderweitig lohnen den Verdienst zu erhalten. An Stelle des Entlassenen ist in kurzer Folge angestellt worden, der sicherlich nicht mehr als 15 Mk. Wochenlohn erhält. So hat die Firma

einen jüngeren und damit leistungsfähigeren Arbeiter erhalten und spart noch nebenbei mindestens 3 Mark an Lohn. Das ist Kapitalheimtlichkeit!

München. Sonntagsruhe im Handels-gewerbe. Bei seinen Beratungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe am 21. November vor. Zs. faßte der Magistrat den Beschluß:

„Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonntagen und an Feiertagen im Sinne des Gesetzes während der Monate Mai bis August überhaupt nicht, während der übrigen Monate nur von 10 bis 12 Uhr vormittags beschäftigt werden; soweit die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen, soll auch das Offenhalten der Verkaufsstellen unterjagt sein.“

Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten trat diesem Beschluß jedoch nicht bei, sondern es beschloß, mit Eingaben an den Reichen der Prinzipale bombardiert, gemäß einem Antrag Dr. Auböck:

„Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter des Handelsgewerbes dürfen an Sonntagen, sowie an Feiertagen im Sinne der Gewerbeordnung von 10—12 Uhr beschäftigt werden. Den genannten Handelsgeschäften soll von sämtlichen Sonntagen und Feiertagen im Sinne der Gewerbeordnung jeder zweite vollständig freigegeben werden.“

Nachdem auf diese Weise der Magistratsbeschluß zu Fall gebracht, mußte der Magistrat neuerdings zu der Frage Stellung nehmen.

Und da erregte es sich, daß von der Prinzipalschaft in einer Eingabe an den Magistrat der Beschluß des Gemeindefullkollums bekämpft wurde, der doch nur auf Betreiben wohl zum Teil der nämlichen Personen zustande gekommen war.

Jetzt wurde von einem Komitee „namens 490 Firmeninhabern“ erklärt:

„Der Beschluß des Gemeindefullkollums, dessen gute Absicht wir gerne zugeben wollen, ist unseres Erachtens ein Beschluß, dessen Durchführung für große und kleine Geschäfte einfach unmöglich ist, weil sich bei zwei Stunden Geschäftszeit und halbem Personal die Arbeit so zusammenbringen würde, daß sie sich einfach ohne Schädigung des Geschäftes nicht bewältigen ließe. Es wird ja auch von den Anhängern der vollen Sonntagsruhe anerkannt, daß die Ausführung dieses Beschlusses nur zu lässlichen Unannehmlichkeiten und Differenzen mit Angehörigen und Aufsichtsbehörden führen würde.“

Darum, so meinen diese 490, solle es der Magistrat bezüglich der Sonntagsruhe bei dem bisher erprobten Zustand belassen, mit der einzigen Abänderung, daß die Geschäfte an den Sonntagen für die Folge nur von 10 bis 12 Uhr geöffnet sein sollen.

Diesem Vorschlag wurde vom Verwaltungsausschuß, der sich in erster Linie mit der Sonntagsruhefrage befaßt, die Befähigung, nicht ausgesprochen. Sondern er faßte den Beschluß:

1. Handelsgehilfen, Lehrlinge und Arbeiter dürfen im Handelsgewerbe an Sonntagen und Feiertagen nur in der Zeit von 10—12 Uhr, an den Sonntagen in den Monaten Juni und Juli überhaupt nicht beschäftigt werden. 2. In den Sonntagen, an welchen im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen, sind die Läden zu schließen.

Und den Beschluß des Ausschusses hatte der Referent Rechtsrat Dr. Menginger im Plenum des Magistrats zu vertreten.

Natürlich fand sich auch ein Mitglied des „hohen Hauses“, das bei aller persönlicher Sympathie für die Handelsgeschäfte und die volle Sonntagsruhe den Antrag stellte, es möge dem Verlangen der 490 Firmeninhaber entsprochen, die Sonntagsruhe über Bord geworfen werden. Eine Erklärung der Verkaufszeit an allen Sonntagen und Feiertagen auf 2 Stunden, 10—12 Uhr, sei genug. Dieser Antragsteller war der freisinnige liberale M.-R. Feilerabend.

Der Referent gab zu, daß sein Antrag keine glänzende Lösung der Frage bedeutet. Er betrafte den Beschluß des Ausschusses als Vorschlagszahl, der die volle Sonntagsruhe folgen müsse, und außerdem als Mittellinie, auf der ein gemeinsamer Beschluß beider Kollegien möglich erscheine.

Nach längerer Diskussion fand denn, wie gestern schon gemeldet, unter Abweisung aller anderen Anträge, der Antrag des Referenten Annahme.

M.-R. Schmid war für den früheren Magistratsbeschluß eventuell für volle Sonntagsruhe während der Zeit vom 15. Mai bis 15. August eingetreten und verurteilte nicht, das Gebahren der Prinzipale in das richtige Licht zu rufen. Würde heute diesem unversöhnlichen Instinns stattgegeben, so sei nicht daran zu zweifeln, daß in der nächsten Woche ein neues Komitee aufstehe, um das Gemeindefullkollum zu bilden, auch diesem Magistratsbeschluß seine Zustimmung zu verweigern und die ständige Sonntagsruhe für die Sonntage während des ganzen Jahres herzustellen — um die „Freienden“ entsprechend rechnen zu können. An dem Vorschlag Feilerabend lobten Schmid, wie später auch der Referent geübende Kritik, der einfach rein gar nichts sei. Durch seine Annahme würde sich der Magistrat lächerlich machen. Schmid sprach auch die Ansicht aus, daß bei einem anderen Abstimmungsmodus im Gemeindefullkollum der Magistratsbeschluß mit geringer Mehrheit angenommen worden wäre, und polemisierte gegen verschiedene Auslassungen des Referenten und des Herrn Dr. Auböck im andern Kollegium.

Nun hat das Gemeindefullkollum das Wort. Mag es sich beschließen, die Scharte seines letzten Beschlusses auszuwaschen. Es ist hohe Zeit, denn jetzt schon droht der Voder über das bishigen Sonntagsruhe zum Numbung auszuarten.

Mineralwasserarbeiter.

Berlin. In vielen Mineralwasser-Geschäften schienen unsere Kollegen matten zu mollen, bis ihnen die gebrannten Tauen von selbst in den Mund flogen oder bis die Unternehmer in Selbstüberwindung ihnen höhere, auskömmliche Löhne zahlten. Als die Mineralwasserarbeiter sich dem

Zentralverbände angeschlossen, da war reges Organisationsleben zu verzeichnen, die Begeisterung flammte allerseits auf und es schien, als ob die Kollegen wirklich aus ihrer langjähigen Leihgarnie erwacht wären. Aber es schien nur so, es war tatsächlich nur ein Strohhalm. Heute gehören von 400 in Berlin tätigen Mineralwasserarbeitern 80 der Organisation an. Mit solch einer geringen Zahl ist aber nicht viel anzufangen. Und dennoch wäre so dringend eine Aufbesserung der so niedrigen Löhne nötig. Die Unternehmer zahlen heute 13,50 Mk., 15 Mk., höchstens 18 Mk. Wochenlohn, wer wollte bestreiten, daß das zum Leben zu wenig ist? Kann man mit solchem Lohne auch nur die bescheidensten Bedürfnisse befriedigen? Es ist nicht denkbar. Fast scheint es, als ob die Kollegen selbst ihre Arbeitskraft so niedrig einschätzten. Die Unternehmer sind stets bereit, die Arbeitszeit noch länger als bisher auszudehnen, die Kollegen lassen sich dies ruhig gefallen, ohne sich zu rühren. Erkannt Euch Kollegen, es ist Eure Ehrenpflicht, endlich mit dem alten unverantwortlichen Schiedsman zu brechen, endlich der Organisation sich anzuschließen. Wir müssen schon die geringen Opfer des Betrags bringen, wollen wir unsere Lage verbessern. Vom Himmel fällt kein Manna mehr. Kollegen, hinhin in den Verband, nicht länger gekümmert, es ist höchste Zeit oder wollt ihr dauernd darben und Euer Leben zubringen?

Straßenbahner.

Nachtrag, Straßenbahner! Der Beirat für Arbeiterstatistik hat in seiner letzten Sitzung am 29. Februar d. Js. beschlossen, bezüglich der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahn-Angestellten ebenfalls Erhebungen zu veranstalten. Als die Angelegenheit der Erhebungen im Transportgewerbe seinerzeit angeregt wurde, habe man hauptsächlich die Straßenbahnen mit im Auge gehabt. Da aber die Kommission für Arbeiterstatistik durch ihr Regulatorium auf die Arbeiten beschränkt war, für welche der Titel VII der Gewerbe-Ordnung Anwendung findet, und da auf die Straßen- und Eisenbahnen die Gewerbe-Ordnung keine Anwendung findet, so mußten die Straßenbahnen von der Erhebung ausgeschlossen werden. Dieses Hindernis ist nun beseitigt. Die Erhebungen des Beirats sind nicht auf die, dem Titel VII der Gewerbe-Ordnung unterstellten Arbeiter beschränkt, sondern können auf alle Arbeiter ausgedehnt werden. Was in bezug auf die Straßenbahnarbeiter geschehen soll, wird durch Beschluß in der nächsten Sitzung festgestellt werden.

Unser Verband ist es gewesen, der in verschiedenen Eingaben die dringende Notwendigkeit solcher Erhebungen dem reichsstatistischen Amt nahegelegt hat.

Nunmehr muß seitens der Straßenbahner das Material über die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse gesammelt werden, damit im Interesse aller eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit herbeigeführt werden kann. Auf, Straßenbahner, an die Arbeit!

Myphilo unterschreibt ein Solon sein Eingangsblatt in der Straßenbahndirektion in köstlicher Selbstironie. Myphilo, der Teufel Dörsler, vom Stamme Luxifier, wir kennen Dich. Du bist ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Du bist der Geist, der stets vernunft, dem alles, was ihr Götter, Heroskura, kurz das Böse nennt, sein eigentliches Element. Wir haben Dir nicht nachgestellt, jetzt bist Du selbst ins Grotte gegangen, den Teufel hatte, wer ihn hält, doch Dich, Du Teufel, werden wir noch öfter fangen.

Was war von jeher das Alpha und Omega der Straßenbahn? Der Terrorismus, der vom Verbandsbekannten Rathmann ausgeht, die Verbandsmitglieder, die die Pupillen tanzen müssen. Das wurde den Gläubigen, den Vätern und Tanten immer als unumstößliches Dogma vor. Und jetzt schreibt Myphilo secondaria, daß die Pupillen (Männer) sind, die nicht nach irgend jemandes Pfeifen, sondern daß sie selbst bestimmen, was zu tun ist. „Und Rathmann blieb nichts anderes übrig, als den Antrag anzunehmen.“ Bravo! Surrogat Myphilo, daß ich schon von Dir, daß Du in Deiner grenzenlosen Dummheit der Wahrheit alle Ehre gibst. Verachtet doch sonst Wahrheit und Vernunft, des Menschen allerhöchste Kraft, läßt in Blend- und Zauberverweirung Dich vom Augenlicht bestürzen. Jetzt bist Du auf der rechten Spur, doch müßt Dich nicht zittern lassen. Keine Freiheit wird Dir sagen, nimm andersmal, teurer Freund, ich rat Dir drum, zuerst Kollegium logisch, da wird der Geist Dir so drehen, daß er bedächtig fortan, hinsichtlich der Gedankenbahn, und nicht etwa die Kreuz und Quer, trübselig hin und her. Ein Teufelsdämon, das selbst hinein sich wirgt, das ist ein ausgeprägter Teufel nicht.

Bresden. Die deutsche (rote) Straßenbahngesellschaft erläßt folgende Verfügung: Was bisher, wird auch weiterhin alsbald eine Durchsicht der Akten stattfinden und es wird denjenigen Verordnungen, die sich durch ihre Unersetzlichkeit, sowie durch Gleichgültigkeit im Dienst und dadurch erhaltenen vielen Strafen auszeichnen, geschnitten werden.

Für das Jahr 1903 trifft die Kündigung die Schaffner: Vogel II 287, Bürger 249, Schwarze II 251; außerdem gibt es aber eine Reihe Schaffner und Führer, die nach den Akten zu viel Unregelmäßigkeiten begangen haben, daß auch sie nicht ohne weiteres übergeben werden können.

Es sind dies Schaffner: Räder 31, Richter V 98, Nölz 121, Topolitz 140, Silbermann 253, Kammiller 79, Schulz 90, Fölsch 181, Butkus 34, Languth 74, Fritzsche 242, Führer Räder 215, Bohm 226.

Die Obengenannten sollten zwar im Dienst bleiben, es wird ihnen aber eine Frist bis zum letzten April gestellt, bis wozu sie Zeit genug haben, um zu zeigen, daß es ihnen Ernst ist, sich fernerhin mehr zusammenzunehmen und mehr Dienstinteresse zu zeigen, sowie die Strafen zu vermeiden. Zeigt sich während des 1. Jahres, daß sie sich nicht ändern, so werden sie ebenfalls entlassen. Das Gleiche gilt von den Nachstehenden, wenn sie sich in diesem Jahre nicht besser zusammennehmen. Es sind das die Schaffner: Nagel 47, Große 78, Wolf V 114, Krause 124, Frant 155, Rüblich 244, Kraft 245, Tittel 256, Heinrich 266, Walther I 262, Hoffmann 190, Denker II 30, Schubmann 178, Schaffer I 178, Grödel 238, Beucker 260, Jätsche 263, Wienhold 264, Gähner 84, Müller III 100, Sufschke I 72, Daase II 122, Suppe 197, Wälsche II 266, Koblischke 148, Juchke II 144. Führer: Rübiger 56, Ritscher 61, Walther II 204, Albrecht 236, Leopold 189, Fritzsche 32, Räder 29.

Gemamt werden auf Grund ihrer Akten und ermahnt, sich mehr Mühe zu geben, die nachstehenden Schaffner und Führer. Schaffner: Clausnitzer 3, Schulze II 5, Gebauer 20, Nebentisch 42, Roth 49, Grull 54, Schüge III 110, Emrich 138, Wänichen 141, Leske I 183, Wärsch I 184, Müller I 193, Straßburger 219, Herzig 236, Paul 258, Seiler 38, Ritscher 86, Schmidt I 123, Schaf 137, Berner 191, Altem 200, Schuster 257, Jettler 267, Führer: Lehmann III 146, Lotner 170, Knorr 200, Scholz V 285.

Die Direktion, Stöhrer. Diese Conduiten- und Drohungsliste haben die Straßenbahner zum großen Teile ihrem eigenen Verhalten zu danken. Sie glauben zum Teil es nicht mehr notwendig zu haben, Mitglied der Organisation zu bleiben und jetzt haben sie diese Versicherung dafür. Herr Stöhrer fühlt sich schon wieder auf hohem Berge, weiß er doch, daß der feste Zusammenhalt unter den Angestellten schon gegangen ist. Kein sonstiger Unternehmer darf sich derartige Listen erlauben, oder hat sich jemals so etwas erlaubt.

Die Schmittsche Fabrikanten sind Waisenkinder in der Arbeiterbehandlung gegenüber dem Straßenbahngewerkschaften. Er läßt die Pfeife laufen, daß es nur seine Lust hat und niemand wehrt ihm. Und geduldet wie die Schafe müssen die Angestellten sich moralisch prügeln lassen dafür, daß in ihnen zielbewusstes Klassenbewußtsein noch nicht erwacht ist, dafür, daß es ihnen leid tat um die paar Pfennige Beitrag für den Verband. Wer nicht hören will, der muß fühlen. Straßenbahner, eine harte Lehre müßt ihr durchmachen, aber wenn sie dazu dient, die große Masse unter euch zum Bewußtsein des eigenen Ich zu bringen, dann ist sie nicht zu teuer erkauft. Unternehmerröhrerum bricht nur eine feste geschlossene Organisation der Proletarier. Also hinein in den Verband.

Frankfurt a. M. In nachstehendem veröffentlichten wir zwei Zeugnisse, zu denen ein Kommentar eigentlich überflüssig ist. Erwähnt sei nur, daß der Inhaber des Zeugnisses 19 Jahre Kadetier bei der Städtischen Straßenbahn war und im Januar, also mitten im Winter, aufs Plaster geworfen wurde. Das erste Zeugnis stammt von dem früheren Direktor, der auch sein Personal zu würdigen verstand, während das zweite Zeugnis am besten beweist, was jetzt für ein Wind bei der Straßenbahn weht.

G. Wehringer, Frankfurt a. M., den 1. Febr. 1904.

Beethovenstraße 45. Während ich die Betriebs-Direktion der Frankfurter Tramway-Gesellschaft innehatte, war Herr Ferd. Steigerwald aus Mainz vom 10. September 1884 an in den Diensten genannter Gesellschaft als erster Kadetier. Nach meinem Austritt im Jahre 1899 verließ derselbe bei der städtischen Straßenbahn.

Steigerwald war, während er mir unterstand, ein hervorragend gut geschulter Arbeiter und auf allen Gebieten seines Handwerks ein tüchtiger, brauchbarer Meister. Auch was Fleiß anbelangt, war er tadellos. Er zählte zu den besten und leistungsfähigsten Personen meines Personals. Ich stelle dem p. Steigerwald dieses Zeugnis auf seinen Wunsch nachträglich hierdurch aus.

G. Wehringer, Straßenbahndirektor a. D.

Städtische Straßenbahn Betriebsdirektion. Frankfurt a. M., 30. Jan. 1904. Neue Mainzerstr. 17. Fernsprech-Anschluß Nr. 952 u. 1036. J.-No.

Zeugnis. Dem Herrn Ferdinand Steigerwald aus Mainz, Kreis Mainz, wird hiermit auf Wunsch bescheinigt, daß derselbe vom 10. September 1884 bis 21. Januar 1904 als Kadetier bei uns beschäftigt war.

Seine dienstliche Führung war befriedigend, seine Leistungen desgleichen. J. W. Nordmann.

Leipzig. Zwecks Agitation unter den Straßenbahnern wurde seitens hiesiger Kollegen ein Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt in verschiedenen Kreisen ein bestimmtes Interesse erregt zu haben scheint. Der Verbandsbeamtete wurde zur Polizei geladen und dort ausgefragt, ob etwa eine Verammlung stattgefunden hätte. Auch die Staatsanwaltschaft zeigte sich recht neugierig. Unser Kollege wurde dorthin geladen und von dem Assessor Dr. Went über den Inhalt des Flugblattes vernommen. Auch wollte der Herr wissen, von wem das Material kamme, worüber er natürlich keine Auskunft erhielt. Wir haben nichts dagegen, wenn die Staatsanwaltschaft mal die Zustände bei den Straßenbahnen zum Gegenstande einer eingehenden Untersuchung macht. Da wurde Verdictes für die Zeitungen der Gesellschaften nicht sehr Angenehmes zu Tage gefördert werden. Unter anderem auch wie die rote Straßenbahn die Behörden bez. der Dienstpläne um die Nase zu führen pflegt.

Die Leipziger Elektrische Straßenbahn führt, wie wir uns überzeugt haben, zwei verschiedene

Dienstpläne. Der eine Dienstplan ist dem Rat der Stadt Leipzig zur Genehmigung vorgelegt worden, bei dem andern ist das aber nicht der Fall gewesen. Der letztere Dienstplan bestimmt den Sonntagsdienst. Nicht weniger als fünfmal findet sich hier u. A. das Wort „Verfassung“; das bedeutet jedesmal einen Dienst von 12 bis 14 Stunden; es kommt auch vor, daß an diesen Tagen bis 16 Stunden gefahren wird, bei völlig unzureichenden Unterbrechungen von 5–8 Minuten an den Endstationen. Der Rat der Stadt dürfte sich mit den Verfassungen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn nunwohl eingehender befassen. Das ist natürlich auch dringend notwendig, denn die Gesellschaft hat bis vor kurzem nicht allein den Rat über das Vorhandensein eines zweiten Dienstplanes in Unkenntnis gelassen, sondern hat auch, und das fällt erschwerend ins Gewicht, durch ihre Maßnahmen nicht gerade günstig auf die Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten eingewirkt, die durch die behördliche Genehmigung der Dienstpläne einigermaßen geregelt sein sollten.

Vor längerer Zeit haben wir auf eine weitere Maßnahme der elektrischen Straßenbahn hingewiesen, die, weil sie ebenfalls nicht als ein Vorteil für die Arbeiter betrachtet werden kann, einer baldigen Beseitigung bedarf. Im Städtischen Depot besteht nämlich immer noch die Nachtwache, wonach der Schaffner gezwungen ist, von nachts 12 Uhr bis morgens 1/2 Uhr auf der Straße bei den im Depot nicht unterzubringenden Wagen zu stehen. Wir nehmen natürlich als selbstverständlich an, daß die zu Nachtwächterdiensten benutzten Schaffner für die folgende Zeit vom Fahrdienst befreit sind. Aber auch, wenn das der Fall, ist es begreiflich, wenn sich die Schaffner an den bestehenden Zuständen nicht besonders erfreuen können. Es liegt aber auch im Interesse der Verkehrssicherheit und somit im Interesse des Publikums, daß die Straßenbahn angestellten nicht zu Dienstleistungen verpflichtet werden, die mit ihrem Beruf nichts zu tun haben und daß auch die Arbeitszeit in möglichst engen Grenzen gehalten wird.

Das abgelaufene Jahr hat sich für die Straßenbahnen recht einträglich gestaltet. So sagt die „Große Leipziger“ in ihrem Geschäftsbericht für 1903 folgendes:

„Dem durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßten fast vollständigen Stillstand der beiden Vorjahre ist schon von Beginn des Berichtsjahres an mit dem Wiederaufleben der geschäftlichen Tätigkeit ein im Anfang langsamer, von der Mitte des Jahres an stetig zunehmender Aufschwung des Verkehrs gefolgt, welcher auch durch günstige Witterung an den meisten Sonn- und Festtagen der guten Jahreszeit gefördert wurde. Die Zahl der auf Fahrkarte und Zeitkarten beförderten Personen hat 48 720 923 (1902: 45 047 637) betragen, demnach mehr gegen das Vorjahr 8 713 286 Personen gleich 8,24 pCt.; die dadurch erzielte Einnahme belief sich auf 4 566 639,79 Mk. (4 241 973,85), das sind mehr 314 665,96 Mk. gleich 7,42 pCt. Vermerktenswert ist, daß diese anscheinlich, über das gewöhnliche Maß hinausgehende Steigerung sich ohne bedeutende Mehrleistungen des Betriebes (+ 105 644 Wagenkilometer gleich 0,73 pCt.) und mit einer im Verhältnis mäßigen Erhöhung der Betriebsausgaben (1,1 pCt.) vollzogen hat. Die letztere ist eingetreten hauptsächlich bei den persönlichen Ausgaben für das Fahrpersonal, womit bei den bestehenden Festlegung der Lohnstufen nach Dienstaltersklassen von Jahr zu Jahr gerechnet werden muß; ferner bei den Steuern und Abgaben und für die Wagenhaltung. Ueber die Hälfte dieser Mehrausgaben konnte durch Ersparnisse auf anderen Gebieten, insbesondere der Bahnunterhaltung und den Zugkosten, wieder ausgeglichen werden. Das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den Betriebseinnahmen stellt sich auf 56,49 pCt. gegen 60,02 pCt. im Vorjahre. Einen bedeutenden Teil der Ausgaben nehmen, wie alljährlich, die eigenen Aufwendungen ein, welche durch die vertragmäßigen Leistungen und Lasten zu gunsten der Stadt veranlaßt werden. Im vergangenen Jahre haben dieselben betragen 465 210,96 Mk. Seit 1896 haben diese Ausgaben nimmend die Höhe von 3 335 859,08 Mk. erreicht.“

Daß man von dem vermehrten Erwerb auch den Angestellten etwas zu Gute kommen lassen wird, ist aber kaum anzunehmen. Das wird auch bei noch größeren Profiten, die in ziemlich sicherer Aussicht stehen, nicht geschehen, wenigstens so lange nicht, als die Angestellten eine fest geschlossene Masse bilden. Nur vor einer solchen hat man oben Respekt.

Transportarbeiter.

Der Streik in Gütlich dauert unverändert fort, da die Unternehmer den Austritt aus der Organisation verlangen. Es kommen 375 Kollegen in Betracht. Verbandsmitglieder sorgt für Munition. Sammelt fleißig für die wackeren Kämpfer.

Barmen. Schläge statt Lohn bekam der Kollege Otto Linden von seinem Prinzipal, dem Maschinieren-Fabrikanten Kluge, Wuppertalsstraße. Er wurde beauftragt, einen Sack Holz in die Wohnung zu bringen, konnte aber, da er keine Zeit hatte, dem Auftrag nicht eher nachkommen, als nach 3 Tagen. Bei seiner Rückkehr von der Tour wurde er von Kluge sen. angehalten, warum er nicht zur Stelle wäre, da er hätte anspannen sollen, und ihm gleichzeitig mit Schlägen gebohrt. Acht Tage später kam Kluge sen. in den Stall, wobei es wieder einen Wortwechsel gab und nun ging der schändliche Prinzipal zu Tätlichkeiten über, indem er den Kollegen an den Hals faßte und gegen die Wand drückte, schließlich kam auch der Sohn hinzu und faßte den Kollegen von hinten, so daß derselbe wehrlos wurde, zum Schluß wurde unser Kollege ohne Kündigung sofort entlassen. Am Gemeinderat wurde Kluge natürlich nach dreimaliger Verhählung zu 40 Mk. Lohn und die Kosten verurteilt. Eine Klage wegen Mißhandlung, worüber ärztliches Attest vorliegt, wurde, da der Kollege keine Zeugen hatte, von der königlichen Staatsanwaltschaft verworfen. Unser Gauvossinger hat jetzt die Sache in die Hand genommen und werden mit dem schändlichen Prinzipal schon zeigen, wie man seine Leute behandelt, da schon mehrere derartige Fälle vorgekommen sind und er auch schon wegen Mißhandlung eines Arbeiters bestraft worden ist.

Pöschow. Gar selten kommt aus unserem entlegenen Orte eine Kunde vom Denken und Fühlen der hiesigen Arbeiterherren, sind doch sowohl die hiesige Presse (allerdings nur ein „Wälzchen“) wie auch die vorhandenen Lokale für Versammlungen resp. Versammlungen der werksfähigen Bevölkerung nicht zu haben. Erstere steht alle Bestrebungen unserer Kollegen durch eine blutrot gefärbte Wille an und hant in diesem Sinne kräftig auf die Arbeiter ein (allerdings nur bildlich gedacht, die Wirklichkeit läßt dem „Herrn Redakteur“ nicht den Mut finden, in Versammlungen Rede und Antwort zu stehen!), während die Wille unter äußerlichem Aufsehen einen tiefen Wille vor der Macht des Geldes alias „Arbeitsgebern“ machend.

Nun, unsere Kollegen wissen auch dieses zu „schönen“ und „frequentieren in Masse“ diese Lokale, ausgehend von dem heillosen „Wahr“ Spruch: Jedem das Seine!

Damit aber nicht etwa ein Unterfium in Braumwein entsteht, haben verschiedene der Herren Brennermeister, wie C. D. Bringer, C. Krebs, Jean Schulz u. a. die Einrichtung getroffen, ihren Arbeitern pro Tag 1/2 Liter Schnaps zu verabfolgen oder mit anderen Worten, für einen Teil der geleisteten Arbeit den Lohn nicht in klingender Münze, sondern in Braumwein auszusprechen! Wieviel willkürlich die „Herrn“ unter dem hier bestehenden „Kontingentsystem“ auch viele „Umschlitzer“ und wollen diesen mit dem „berühmten“ Braumwein energisch zu Leide. Wie sonstlich manche dieser „Herrn“ Arbeitsgeber vorgehen, beweist so recht deutlich das Benehmen des Braum- und Brennermeisters Bringer, der einem unserer Kollegen, der 12 Jahre lang bei ihm tätig war, nur deshalb entließ, weil er dem Verbandsbeitrag. Der Verwalter Range dieses obigen „Herrn“, ein 24-jähriger Mensch, der aufsehend noch nichts von der Welt gesehen hat, scheint sich nicht, einen alten Arbeiter, der bereits 12 Jahre im Geschäft ist, mit Händen zu bearbeiten, nur weil er ihm, dem Verwalter, einen Resten aus der Hand nehmen wollte. Wir bedauern sehr, nicht mit zugegen gewesen zu sein, dem „Herrn Verwalter“ wäre das „Ergebnis“ in seiner Karriere, als er sich ungerne in fremde Sachen mischte, in „herbeifertiger Auflage“ wieder erstellt worden. Nun, auch hier wird der „Lohn nicht ausbleiben, ähnlich so, wie die Herren S. u. O. Mannde jetzt erfahren mußten, daß trotz ihrer „Selbstherrlichkeit“ die Gesetzesparagrafen dennoch zu respektieren sind.

Wie erinnerlich, warf diese Firma drei Verbandskollegen kurzerhand aus der Straßengasse, weil sie nicht aus dem verhassten Arbeiterbereich austreten wollten. Da jede Unterhandlung abgelehnt wurde, strengten die betroffenen eine Entschädigungsforderung an und das Gericht entschied der Sache gemäß, wobei allerdings von Seiten unseres Verbandes ein Vertreter der Kläger gestellt wurde und dieser die Sache derselben energisch vertrat.

Nun, Kollegen, aus all diesen Kleinigkeiten, denen sich noch hunderte von ähnlichen Fällen anfügen lassen, erhebt sich das Bestreben der Arbeiterherren, auch in der Unwissenheit und Abhängigkeit zu erhalten, durch Ausgab von Schnaps suchen sie Euer Denkbildung zu schwächen, damit Euch ja nicht das viele Unbillige und Unangenehme Eurer Stellung zum Bewußtsein kommt. Ihr wißt aber, ferner, daß der Verband, die Organisation Euch zur Verbesserung Eurer erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen verhelfen kann, sorgt Ihr nun dafür, daß der Verband das Recht und der Wahrheit sich ausbreitet, holt immer neue Streiter heran für den Kampf um Menschenrecht und -freiheit, sorgt Ihr nun dafür, daß auch der letzte Kollege sich organisiert, dann kommt Ihr den Ausbeutungsmaschinen Eurer Arbeitsgeber ein selbes „Gall“ Was hierher und nicht weiter!“ entgegenzusetzen. Darum, Was für Mann, hinein in die Organisation!

Magdeburg. Einen schönen Erfolg haben unsere Kollegen bei der Firma A. R. Wagnert Nachf. errungen. Die Kollegen verließen Zuerst im Aktord, erhielten aber für eine ganze Reihe von Arbeitern, wie das Abblenden von Feu, Stroh und Hofer, für Sätze auf und abladen u. s. f., ferner die Bezahlung. Mit der Errichtung der Wärfestellen in diesem Winter wurde unseren Kollegen zugewandt, noch mehr Arbeiten unentgeltlich zu verrichten. Damit waren sie aber keineswegs einverstanden. In einer Versammlung, die stattfand, wurde beschlossen, sämtliche Arbeiten bezahlt zu verlangen. Diese Forderung wurde bei der Firma einmündlich. Nach mehrmaliger Verhandlung erklärte sich die Firma bereit, die benannten Arbeiter nach den geforderten Sätzen zu bezahlen. Dies bedeutet für die 14 beteiligten Kollegen eine Lohnzulage von 2 Mk. wöchentlich. Auch bei dieser Bewegung hat sich jeder gezeigt, daß Einigkeit und Geschlossenheit zum Führt. Möchten sich unsere Kollegen hieran einnehmen.

Meerane. Wie und, der Kraft sich! In der Nr. 1 des „Courier“, von diesem Jahre hatten wir Gelegenheit, uns etwas mit den „eigenartigen“ Arbeitsverhältnissen bei der Firma Wegel hier des Näheren zu beschäftigen. Unverkennbar, wie wir nun einmal sind, erlauben wir uns heute nochmals auf die Sache zurückzukommen. Der Gerechtigkeit halber wollen wir gleich an erster Stelle bemerken, daß unsere Kritik gezogen hat. Heute gibt es nicht mehr „von wegen 14 Tage aussetzen.“ Da wir nun aber ganz gern glauben wollen, daß die Zeiten abgelaufen sind, so wollen wir Herrn Wegel zu Hilfe kommen und ihn vor größeren Ausgaben bewahren. Wollte die fragliche Forderung schon geschrieben war, daß selbst die Freunde des Herrn Wegel ihrer Freude Ausdruck verleihen haben, so hat sich dieser erboten, dem Kritiker einen Orden zu kaufen, aber nur einen aus Leder. Da nun aber der Verdrößer der Zeiten zur Zeit keinen schwarzen Patentord hat, so wäre die Au gabe zwecklos. Auch in anderer Weise wollen wir Herrn Wegel zu Hilfe kommen. Nach einer Predigt von etwa einer Stunde hat dieser zu seinen Kutschern gesagt, in 14 Tagen will ich eine Erklärung haben. Die meisten Kutscher sind aber etwas begriffslos und Wegel Kutscher machen keine Ausnahme. Die armen Kerle wissen gar nicht, was sie nun erklären sollen. Ein menschliches Murren zwingt uns, nun selber einige Erklärungen abzugeben. Hier sind sie.

1. Der 14-tägige Verband hat seine Information über das Arbeitsverhältnis nicht von dessen Kutschern, sondern daß

pfeifen neben anderen in Meerane die Späßen von den Dächern.

2. Wenn Herr Wegel vielleicht haben will, seine Kutscher sollen erklären, die Sache sei nicht wahr, so werden wir die Erklärung kostenlos aufnehmen, werden aber noch einige erläuternde Sätze hinzuschreiben.

3. Wir geben Herrn Wegel ohne weiteres darin Recht, daß von seinen Leuten den Kritikern niemand geschrieben hat.

4. Wollen wir bemerken, daß sich Herr Wegel trösten kann, denn in der nächsten Nummer werden gleich zwei Firmen folgen, bei denen wir es genau so machen werden, wie bei ihm.

Minde 1. W. Nach einiger Mühe gelang es auch hier, den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen fahrend, dieselben zu einer Zahlstelle zusammenzuschließen, um so den Zielen der Vereinigung, Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, näher zu kommen. Nun, Kollegen, ist es an der Zeit, das Vorhandene nicht nur zu unterstellen, sondern auch kräftig auszubauen, und dazu ist die Mitarbeit aller Kollegen notwendig. Sei sich jeder der Verantwortung, seiner Mannespflicht bewußt, helfe jeder daran, daß unsere Zahlstelle auch als achtunggebietende bestehen kann, werde jeder neue Kämpfer für die Interessen unseres Berufs, mache es sich jeder zur Aufgabe, die Forderung der Aufklärung bis in den fernsten Winkel hineinzutragen, dann wird unsere Sache gut bestellt sein! Darum, auf Kollegen, bringt neue Mitglieber heran und besucht die Versammlungen, nur dann wird das Wort wahr werden: Durch Kampf zum Sieg!

Forstheim hat sich einen Ruf erworben durch sein schlechtes Straßengasse, schnelle Schmutzmannschaft und seine Gold- und Silberwaren-Industrie. Berühmten Beispielen folgend hat die Stadt natürlich auch ihre Denkmäler, selbstverständlich jetzt auch den Marktplatz ein solches. Mit grimmigem Blick steht der Königsgruß auf das schmutzige Straßengasse um sich her, mancher Fluch über zerbrochene Wagenräder u. c. mag schon an seinen tauben Ohren vorbeigeklungen sein.

Unsere löbliche Polizei hat ein sehr scharfes Auge darauf, daß diese lödlichen Straßen ja nicht etwa durch Fahrwege beschmutzt werden. Unangelt wurde ein Kollege mit 6 Mk. Strafe bedacht, dem einige Prädikalen Goats durch das Mästen und Stöken während der Fahrt vom Wagen gefallen waren. Das Auge eines Schmutzmannes war so scharf (röntgenstrahlenartig), so daß derselbe von hinten gesehen haben will, wie der Fuhrmann anstatt auf seinem Wagenbrett, auf der Beschlag gestanden habe. 3 Mk. Strafe und die Sache ist erledigt, doch will es sich der betr. Kollege erst noch mal überlegen, bevor er bleich. Man sieht hieraus, daß dem Fuhrmann in Forstheim nichts geschenkt wird, er ist aber auch leichter zu erwischen, wie irgend ein geriebener Gauner oder gar ein Mörder.

In Bezug auf das „Goldplaster“ sind die Fuhrleute der Ansicht, daß eine Renovierung der schlechten Straßen der Stadt ein schönes Bild geben würde, wie etwa das Monument des Blut- und Eisenmannes Bismarck am Bahnhof. Das Geld hierfür wäre wenigstens für eine nützliche Sache angelegt. Den unsern Verband noch fernstehenden Kollegen aber sei die Mahnung gegeben. Wollt Ihr Euch gegen unzureichende Straßenzustand und gegen übermäßige Ausbeutung schützen, wollt Ihr dazu beitragen, daß der Fuhrmannsberuf nicht durch Jenseits herabgedrückt wird, wollt Ihr, daß man Euch auch schließlich als Mensch unter Menschen betrachtet, dann schließt Euch Mann für Mann dem Verbands an. Jeder sei ein Agitator für einen Verband. Die rührige jetzige Verwaltung bietet die Gewähr, daß die Interessen der Kollegen in richtiger Weise vertreten werden.

Potsdam. Seit einigen Jahren bemüht sich ein kleiner Teil von Verbandskollegen, um die Verhältnisse der Kollegen Kutscher in den Vertrieben mit Hilfe der Organisation zu verbessern, aber man muß leider konstatieren, daß die Berufs-kollegen allen Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gleichgültig gegenüberstehen. Daß die Verhältnisse der Verbesserung bedürftig sind, geht aus einem einzigen Beispiel hervor. Die Arbeiter und Kutscher der Mehl- und Getreidefirma Baumann u. Co. mußten schon seit langer Zeit jeden Sonntag während der Arbeitszeit (Hauptpolizeiendienst) arbeiten, trotzdem die Gewerbeordnung dieses verbietet. Es wurden die Eingangstüren zum Platz geschlossen, und dann wurde mit Auf- und Abblenden von Waren begonnen. Dieses wurde in einer öffentlichen Versammlung zur Sprache gebracht und der überwachende Beamte wurde ersucht, diese Vorannahme zu Protokoll zu nehmen. Einige Tage später erschienen nun ein Polizeibeamter im Vertriebe und wurden die Arbeiter einzeln in Gegenwart des gestrengen Herrn Chefs vernommen. Daß dies den Herrn Baumann unangenehm berührt hat, kann man sich denken, aber die Gefühle sind dazu, da, um innegehalten zu werden. — Nun kann Herr Baumann, wie er diejenigen Arbeiter, welche dem Beamten die Wahrheit gesagt, los werden könne. Und siehe, an dem darauf folgenden Montag kamen zwei Arbeiter zehn Minuten im Vertriebe zu spät und nun hatte der Arbeitgeber gleich Gelegenheit, die Leute auf Straßengasse zu werfen. Wenn aber seine Kutscher sich bis 1 Uhr nachts auf der Landstraße befinden, um für Herrn Baumann zu schützen, dann wird nichts gesagt. Da die beiden Entlassenen der Organisation angeschlossen, wird dieselbe für sie eintritt und unterstellt. Wären die Entlassenen nicht organisiert, so würde kein Ton an die Öffentlichkeit dringen und die betreffenden wären der Not und dem Elend preisgegeben. Vor dem Gewerbegericht wurde dem Herrn Baumann klar gemacht, daß ein einmaliges Zutrittskommen von 10 Minuten noch lange kein Grund zu sofortiger Entlassung ist, er mußte daher an jeden der beiden je 88 Mk. Lohn für 14 Tage und obenrein die Kosten bezahlen. Daß er die Sonntagsruhe innehalten muß, wird dem Herrn überdies vor Gericht auch noch klar gemacht werden. So wie hier die Arbeitsverhältnisse liegen, liegen dieselben auch in manchen anderen Vertrieben Potsdams ebenfalls, ja zuweilen noch ärger. Soll deshalb endlich eine Besserung eintreten, so ist es Pflicht und Schuldigkeit der Beteiligten, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Die Organisation hat eine Überwachungskommission ge-

bildet, welche sich zur Aufgabe macht, alle Vertriebe, die während der Arbeitszeit arbeiten lassen, unerbittlich zur Anzeige zu bringen.

Die Stuttgarter Fuhrleute und Kutscher hielten dieser Tage eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab, in der beschlossen wurde, dem Gemeinderat folgende Abänderungsvorschläge zu den hiesigen Straßenpolizeivorschriften zu machen:

Zu § 8. Die Ladung darf die Leistungsfähigkeit der gebrauchten Zugtiere nicht überschreiten. Die mit Ueberladung verbundene Ueberanstrengung des Gespanns ist, sofern sie unter die Bestimmung der Tierquälerei fällt, strafbar. Wurde die Ueberladung auf Anweisung des Prinzipals oder eines sonstigen Vorgesetzten betätigt, dann ist dieser für die Tierquälerei strafbar zu machen. Zur Verhütung u. c. (wie bisher).

Zu § 10. Personen unter 18 Jahren darf die Führung eines Fuhrwerks nicht überlassen werden. Außerdem haben dieselben den Nachweis zu führen, daß sie im Fahren geübt und mit der Behandlung der Pferde vertraut sind.

Im Interesse des hiesigen ausgebeuteten Fuhrwerksverkehrs sind Bestimmungen in dem vorgeschlagenen Sinne eine absolute Notwendigkeit, da bei den jetzigen Zuständen nicht nur der ganze Stand der Fuhrleute und Kutscher herabgedrückt, sondern auch häufig die Pferde unter der unsachmännlichen Behandlung zu leiden haben. Als ein weiterer rechtsbedürftiger Punkt wurde das Tringelbwerden bezeichnet, mit dem der württembergische Tierquälverein die Offizianten der Polizei bedacht. Für jede Anzeige wegen Tierquälerei erhält der Offiziant 50 Pf. und bei fünf und mehr Anzeigen im Jahr ein Strafgesand von 5 Mk. Die Versammlung waren der Meinung, daß die hiesige Schmutzmannschaft solche Gesandte nicht nötig habe, abgesehen davon, daß derartige Tringelber schließlich nicht ganz ohne Anreiz auf die Zahl der Anzeigen bleiben können. Da in manchen Fällen der Fuhrmann ohne sein Verschulden zum stärkeren Antreiben der Pferde gezwungen ist und der Begriff der Tierquälerei subjektiv also definierbar ist, dürfte es sich für den Tierquälverein empfehlen, von dieser Art Entschädigung Abstand zu nehmen. Dies der Standpunkt der Versammlung, die außerdem der Meinung war, daß der Tierquälverein, dessen Bestrebungen im großen und ganzen von der Versammlung anerkannt wurden, sich auch darin ein Verdienst erwerben könnte, wenn er seine Mitglieber wenigstens vor übertriebener Empfindsamkeit warnen würde.

Witten. Mit welcher schmutzigen Mitteln das Witterer Tageblatt, sowie die Zeitung für Wahrheit und Recht, genannt Witterer Volkszeitung, kämpfen, um ehrenwerte Leute, welche ihre Klassenlage erkannt und sich das Vertrauen ihrer organisierten Berufskollegen erworben haben, in den Rat zu ziehen, erhebt aus folgender Stellungnahme, welche gleichlautend in genannten Organen stand:

„Durchgebrannt ist vorgestern Abend der Kutscher Karl Steinbach, welcher bei der Firma H. hier tätig war. St. war mit der Abfuhr von Stadtkütern betraut und hatte das an dem Tage eingenommene Geld in Höhe von ca. 190 Mark nicht abgeliefert. Man vermutet, daß St. sich nach Berlin begeben hat, wo gestern eine größere Fuhrleute- und Kutscher-versammlung stattfanden sollte.“

Das ist eine ganz freche und aus den Fingern geflogene Lüge, erfunden lediglich zu dem Zwecke, unseren Kollegen, der sich nicht alles gefallen lassen wollte, eins auszuwichen. St. hat das Geld sofort per Post an H. geschickt und es fiel ihm garnicht im Traume ein, nach Berlin zu reisen. Auf solche Verleumdungen antworten die Kollegen am besten durch Entfernung der betreffenden Schmutzblätter aus ihren Wohnungen.

Witten. Der hiesige Fuhrunternehmer Ewald Staupe beschäftigt in seinem Vertriebe 2 Fuhrleute, welche, wie es hier so üblich, bei ihrem Chef in Kost und Logis sind. Eines Sonntags verlangte einer der daselbst beschäftigten Kollegen sein wohlverdientes Geld, Frau Staupe bedeutete aber dem Mann, daß es solches nicht gäbe, worauf der Kollege zur Antwort gab: „Nun, dann können Sie auch die Pferde selbst fertig machen.“ Am nächsten Morgen durfte der Fuhrmann nicht mehr aufpassen und wurde unter Abzug eines Protokolls in Höhe von 5 Mark und von 7 Mark für kaputtgefahrenen Steinplatten vom verdienten Lohn entlassen. Durch das Gewerbegericht wurde indessen Herrn Staupe klar gemacht, daß er zu solchen Abzügen nicht berechtigt ist, er mußte folgedessen die 12 Mk. wieder herausrichten. Das Logis, welches genannter Staupe gewährt, ist recht reizend gelegen. Das eine Fenster steht ach dem Stall und das andere nach des Nachbarn Wirtshaus. In dem früheren Fuhrmannsberein war Herr Staupe selbst Vorstandsmitglied, dort muß er gelernt haben, was für Ansprüche die Fuhrleute auf Wohnung machen dürfen. Wie schon war es doch um die Harmonie zwischen Herr und Knecht bestellt gewesen, als die Fuhrleute sich von ihren „Herrn“ nach der Nase herumzucken ließen.

Witten. Die löbliche Zustände herrschen bei dem Fuhrunternehmer Steinfurt. Das Schlafquartier der Knechte muß man sich ansehen. Mensch und Tier schlafen zusammen im Stall. Die Knechte müssen auf einem Bund Stroh direkt neben den Pferden ihr Nachtlager aufschlagen. Um sich vor Kälte zu schützen, hüllen sie sich in Lumpen ein. Würde ein Pferd vielleicht einmal Kollie bekommen und zusammenbrechen, der Knecht würde ohne Zweifel erdrückt. Daneben laufen im Stall Ragen und Schweine im bunten Durcheinander. Wann wird diesem unwürdigen Zustand abgeholfen werden?

Wo steht da die Polizei? Die ist doch sonst immer gleich mit den Strafprotokollen bei der Hand. Sind etwa die Fuhrherren taub, daß die Polizei diese nicht zur Rechenschaft ziehen? Und wo ist der Tierquälverein, der die „Knechte“ schützt, damit sie in diesen elenden Verhältnissen nicht an Leib und Seele zu Grunde gehen?

Deutschlands und Englands Außenhandel im Jahre 1903.

A. Deutschland.

II.

Die starke Eisenausfuhr, die gleichsam als Folgeerscheinung der ungünstigen Lage des inländischen Eisenmarktes gegen Ende des Jahres 1901 begonnen und das ganze Jahr 1902 mit geringen Rückschlägen in steigendem Maße angehalten hat, hat im ersten Halbjahr 1903 ihren Höhepunkt erreicht, um dann allmählich zu sinken. Man kann den Nutzen, den diese große Ausfuhr für unsere Eisenindustrie gebracht hat, gar nicht hoch genug einschätzen, wenn er sich auch bei niedrigeren Preisen, die im großen Teil erzielt sind, in Geldwert nicht so stark darstellt. Hat doch der reichliche Absatz nach dem Auslande unseren Werken es ermöglicht, den Betrieb auch in der Zeit der schwersten Krise aufrecht zu halten, die im Inlande nicht aufzuhebenden Vorräte nach anderen Gegenden, insbesondere nach dem eisenbedürftigen Nordamerika abzugeben und damit bei dem sich allmählich steigenden Bedarf des Inlandes die Produktion langsam auf eine Höhe zu bringen, wie sie vorher noch niemals erreicht worden ist. Am ganzen Fund an Rohstoffen, fabriziertem Eisen, Eisenwaren und Stahlwaren in Tonnen zu 1000 kg. aus Deutschland ausgeführt worden:

	1903	1902	1901	1900	1899
Januar	303 078	282 807	117 261	116 110	126 401
Februar	277 070	208 601	136 720	120 755	126 193
März	321 308	238 972	173 860	127 955	135 002
April	319 761	237 827	159 953	115 969	125 572
Mai	318 050	268 092	187 233	134 962	126 887
Juni	291 531	267 410	189 377	128 483	129 376
Juli	288 309	287 438	196 630	127 177	132 993
August	280 738	289 341	190 050	134 787	128 723
September	271 222	291 501	199 393	118 227	121 685
Oktober	275 165	318 831	239 998	130 605	121 458
November	270 030	298 774	254 452	140 001	115 491
Dezember	263 735	319 387	253 315	153 536	120 105

Jahr 3480 000 3309 010 2347 211 1548 558 1509 887

Es hat hiernach im letzten Jahre die Eisenausfuhr gegenüber dem Jahre 1902 noch eine Steigerung um rund 171 000 T. oder 5,21 pCt. erfahren, nachdem von 1901 zu 1902 eine Zunahme von 40 pCt. und von 1900 zu 1901 eine solche um 58 pCt. stattgefunden hatte. Ein Vergleich der einzelnen Monate ergibt aber, daß wir die ersten sieben einen Ueberschuß gegenüber dem Vorjahre hatten, während dann ein allmählicher Rückgang stattgefunden hat, so daß die Ausfuhr des Dezember 1903 um über 55 000 T. unter der des Dezember 1902 liegt. Noch klarer zeigt sich diese allmähliche Verschiebung, wenn man die Ausfuhr der einzelnen Vierteljahre einander gegenüberstellt. Es betrug die Ausfuhr in Tonnen:

	1903	1902	1901
im ersten Vierteljahr	901 456	730 383	457 481
„ zweiten „	929 345	800 359	536 563
„ dritten „	840 269	841 283	605 073
„ vierten „	808 930	986 995	747 764

Während also die Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1903 noch um 171 000 T. über der von 1902 lag, sank der Ueberschuß im zweiten Vierteljahr auf 129 000 T., das dritte Vierteljahr zeigte bereits ein Minus von 1000 T. und im vierten Vierteljahr betrug das Minus bereits 72 000 T.

Wie an der allgemeinen Zunahme der Ausfuhr die einzelnen Hauptsorten beteiligt sind, ergibt folgende Tabelle in Tonnen zu 1000 kg.:

	1903	1902	1901	1900
Bruchstücken	109 245	168 909	153 399	61 096
Roh Eisen	418 072	347 256	150 448	120 401
Ed- und Winkelseisen	419 555	382 238	312 447	215 646
Eisenbahnstücken	378 161	366 815	180 978	155 656
Eisenbleche	350 305	361 216	329 513	172 533
Wuppeneisen, Rohstücken	638 182	636 427	201 716	33 627
Platten und Bleche	278 934	273 021	255 627	167 363
Eisenrohr, roh	164 674	147 732	154 285	94 074
Eisenrohr, galvanis.	89 464	85 781	93 473	75 765
Ganz große Eisen.	195 016	157 822	148 125	138 550
Große Eisenwaren	238 545	275 768	242 680	215 488
Kleine Eisenwaren	53 778	46 555	44 625	42 326

Die Steigerung erstreckt sich also auf alle wichtigsten Eisenarten mit Ausnahme von Bruchstücken und Stabeisen. Die absolut stärkste Zunahme um über 70 000 T. zeigt das Rohstücken; relativ am bedeutendsten war die Erhöhung der Ausfuhrziffer bei den Eisenwaren. Daß im allgemeinen die verbesserten Eisenarten an der Zunahme der Ausfuhr des letzten Jahres besonders stark beteiligt waren, zeigen die Verlangungen der Eisenausfuhr. Da diese auf den für 1902 festgesetzten Einheitswert von 600,4 auf 658,3 Millionen Mark gestiegen und hat damit die höchste Ziffer erreicht, die mehr als noch einmal so hoch ist wie die von 1899. Nicht man den Einheitswert von dem Ausfuhrwert ab, so ergibt sich ein Unterschied der Ausfuhr von 601,0 Millionen Mark gegen 551,6 i. J. 1902, 450,7 i. J. 1901, 342,2 i. J. 1900, 316,9 i. J. 1899, 290,1 i. J. 1898 und 259,3 i. J. 1897.

Stellt man fest, wie die Eisenausfuhr sich auf die einzelnen Länder verteilt, so ergibt sich für die Waren, bei denen die Ausfuhr nach den Hauptabnehmerländern genau angegeben ist, folgendes. Es betrug die Ausfuhr in Tonnen nach

	1903	1902	1901	1900
England	836 072	807 009	464 906	141 830
Belgien	453 191	402 643	305 187	170 285
Niederlande	364 885	412 405	269 732	175 106
Ver. Staaten	295 471	312 547	15 277	9 088

	1903	1902	1901	1900
Schweden	188 472	187 375	136 946	178 948
Italien	125 723	131 696	111 107	68 199
Brit.-Indien	97 407	77 309	97 936	29 964
Argentinien	90 060	54 685	60 039	37 376
Dänemark	84 328	77 611	59 143	50 461
Frankreich	76 370	77 077	84 525	105 147
Russland	72 463	81 790	106 749	116 672
Brit.-Nordamerika	69 418	65 261	30 003	2 812
Schweden	66 580	42 707	42 042	30 574
Japan	64 971	56 247	50 526	26 538
Oesterreich-Ungarn	53 633	52 709	75 441	63 075
Australien	52 801	39 608	51 582	41 482
Niederl.-Indien	30 017	31 996	42 109	37 561
Brasilien	29 000	20 842	13 041	15 386
Rumänien	27 588	31 222	21 973	11 066
Norwegen	27 490	29 423	26 441	14 802
China	26 318	15 914	25 193	30 074
Chile	25 406	13 581	12 524	9 459
Ägypten	23 153	15 874	12 693	3 132
Kaukasien	23 519	15 922	7 142	2 468
Portugal	20 314	12 774	12 737	11 141
Türkei	19 132	17 506	22 660	7 461
Spanien	17 504	15 897	17 727	17 941
Mexiko	17 249	35 863	9 678	3 664

England hat also am Berichtsjahre den ersten Platz, den es erst seit 1901 inne hat, mit weitem Vorsprung behauptet; es hat mehr als 21 pCt. der gesamten deutschen Eisenausfuhr für sich in Anspruch genommen, selbstverständlich um ihn zum größten Teile nach überseeischen Ländern weiter zu transportieren. Letzteres gilt auch von den Niederlanden und Belgien, die den zweiten und dritten Platz mit einander vertauscht haben, indem sich Belgien hauptsächlich infolge des um fast 50 000 Tonnen gestiegenen Rohstückenumsatzes an die zweite Stelle vorgehoben hat, während die Niederlande, die 49 000 Tonnen Rohstücken und 12 000 T. Wuppeneisen weniger erhalten haben, auf den dritten Platz zurückgefallen sind. Die direkte Ausfuhr nach den überseeischen Ländern hat sich im Berichtsjahre weiter gehoben, während die nach den europäischen Ländern zum großen Teil zurückgegangenen ist. Die Vereinigten Staaten haben allerdings 17 000 T. weniger bezogen als im Jahre 1902, wobei der Rückgang der Ausfuhr von Wuppeneisen von 99 740 auf 71 891 T. besonders ins Gewicht fällt; aber in Japan zeigen Britisch-Indien, China, Kaukasien und Japan und in Südamerika Argentinien, Brasilien und Chile wesentlich höhere Ziffern. Russland, das ebenfalls an erster Stelle stand, nimmt jetzt den ersten Platz ein, indem es eine stetig sinkende Ziffer zeigt. Auch die Eisenausfuhr nach Italien, Frankreich, Rumänien und Norwegen ist gesunken, wogegen die nach Dänemark, Schweden und Portugal gestiegen ist. Australien und Ägypten zeigen ebenfalls höhere Ziffern, während die Ausfuhr nach Mexiko infolge des starken Rückganges der Eisenbahnstückenumsätze unter die Hälfte gesunken ist. An der Eisenausfuhr hat besonders beteiligt England mit 64 240 (1902 51 826), die Vereinigten Staaten mit 56 889 (87 133), die Niederlande mit 37 041 (39 254), Britisch-Nordamerika mit 29 182 (24 523), Japan mit 17 336 (11 113), die Schweiz mit 15 787 (21 878), Belgien mit 15 318 (15 325), Australien mit 13 861 (39 559), Schweden mit 11 888 (9174) und Argentinien mit 10 407 (1998) T.

Besonders charakteristisch für die Verschiebung, die auf dem Eisenmarkt stattgefunden hat, ist das Verhältnis der Einfuhr von Rohstücken zur Ausfuhr. Im Jahre 1900 wurden noch 576 000 T. Rohstücken mehr eingeführt als ausgeführt; 1901 sank der Ueberschuß der Einfuhr auf 117 000 T., 1902 wurden 204 000 T. und 1903 sogar 260 000 T. mehr ausgeführt als eingeführt. An der Ausfuhr des Jahres 1903, die 418 000 T. betrug, waren allein die Vereinigten Staaten mit 129 000 (1902 50 000, 1901 60 000) T. und Belgien mit 158 000 (109 000 und 53 000) T. beteiligt. Die letzten Monate zeigen aber, daß sich auf dem Rohstückenmarkt ein energischer Umschwung vorbereitet; haben doch die Vereinigten Staaten im November nur noch 2400 und im Dezember 1200 T. Rohstücken erhalten.

B. England.

Die englische Warenbewegung im letzten Monat des Jahres ist gegenüber den fast einstimmigen Angaben der englischen Gewerbe über mangelnde Beschäftigung überraschend günstig ausgefallen. Denn die Ausfuhr englischer Waren übertraf die des Vorjahres immer noch um 403 970 Pf. (1 Pf. gleich 20 Mk.), während der Gesamtexport also einschließlich der Wiedereinfuhr fremder und kolonialer Artikel, ein Mehr von 750 029 Pf. zeigt. Die Wareneinfuhr hat um nicht weniger als 4 148 990 Pf. zugenommen, wovon allein wegen der schlechten Ernte 1 904 543 Pf. auf Getreide, sowie 669 543 Pf. auf Oelfrüchten, und wegen des beträchtlichen erhöhten Baumwollpreises und der überhöhten Bezüge 818 883 Pf. auf diesen Rohstoff entfallen. Bei der Ausfuhr im Dezember steht Wiederverkauf von 122 550 Pf. für Nahrungsmittel und von 53 735 Pf. für industrielle Rohstoffe eine Verringerung bezüglich der Fertigerzeugnisse um 503 247 Pf. gegenüber. Der Export von Eisen und Stahl steht allerdings im 341 115 Pf. hinter dem Vorjahre zurück, dagegen wurden für 278 249 Pf. mehr Maschinen, für 329 187 Pf. mehr Baumwollwaren und für 199 501 Pf. mehr Wollwaren ausgeführt.

Mit der Vollendung des Jahres aber nimmt der Außenhandel für ganz 1903 das Hauptinteresse in Anspruch. Es betrug (alles in Pf.) die

	gegen Dezember 1903 gegen 1902	gegen Jan.-Dez. 1903	gegen Jan.-Dez. 1902
Einf. v. Waren	52819618+4148990	542906825+1451051	
Ausf. engl. War.	24612508+403970	290890281+7496315	
Fremd-u. Kol.-W.	5820501+846059	69557085+8742222	
Ges.-Ausfuhr	30438004+750029	360447316+11205587	

Einfuhr und Ausfuhr haben somit fast in dem gleichen Verhältnis sich gekehrt, nämlich um 2,6 pCt. für die erstere und um 2,7 pCt. für die letztere, während im

Vorjahre die Zunahme nur 1,2 bez. 1,3 pCt. betragen hatten. Allerdings wurde die Verringerung in der Einfuhr ausschließlich in den ersten 8 Monaten des Jahres erzielt, denn der Septemberausfall von 480 000 Pf. und der Novemberausfall um 1 616 000 Pf. haben die kleinen Verringerungen der beiden anderen Monate weit mehr als wett gemacht. Die Vermehrung der Einfuhr von insgesamt 14 515 000 Pf. setzt sich wie folgt zusammen (alles in Pf.): Nahrungsmittel: Getreide und Mehl + 8731 000, Fleisch und Vieh + 2249 000, andere Nahrungsmittel + 8736 000, Tabak + 1 614 000. Rohstoffe: Erze + 713 000, Holz + 1 931 000, Baumwolle (111 000 Cwts.) + 8766 000, Wolle (2 681 000 Pf.) + 604 000, andere Textilrohstoffe + 1 567 000, Ei- und Elfenbein 770 000, und andere Materialien + 252 000; Fertigerzeugnisse: Eisen und Stahl + 752 000, andere Metalle + 502 000, Messerwaren und Hartguth + 187 000, Maschinen + 812 000, Holzwaren + 121 000, Garne und Stoffe + 2 255 000, Kleidungsstücke + 3 054 000, Chemikalien und Drogen + 180 000, Lederwaren + 82 000, irische Waren + 102 000 und verschiedene Waren + 1 919 000.

Keine dieser Positionen, mit Ausnahme der für Kleidungsstücke, welche in dem Maße der Warenzufuhr, daß ein nie gekannter „Boom“ eintreten werde, über Gebühr sich zu Einfuhren verteilen ließen, zeigt eine Verringerung für die Chamberlainschen Pläne zur Einführung eines Schutzsystems. Selbst die Wiedereinfuhr von Eisen und Stahl mit 752 000 Pf. fällt nicht sonderlich in Betracht, da ihr eine Wiederausfuhr von 1 576 000 Pf. gegenübersteht. Für den Mehrbetrag bei Baumwolle und Wolle sind ausschließlich beträchtliche Preissteigerungen verantwortlich. Die starke Einfuhr von Nahrungsmitteln wird auch unter dem Schutzsystem eine ständige Erscheinung bleiben, ganz gleich, ob die Zufuhren aus englischen Kolonien oder aus dem Auslande erfolgen, da Englands Landwirtschaft nicht im Stande ist, die gesamte Bevölkerung eines Industriestaates wie England zu ernähren. Selbst der von den englischen Schutzgebern so sehr geschmähte fremde Zucker zeigt mit 31 230 317 Pf. gegen 31 586 909 Pf. sogar eine Abnahme in der Zufuhr.

Venden wir uns nun der Ausfuhr zu, so ergeben sich bei einer Gesamtzunahme von 7 466 000 Pf. die folgenden Einzelposten (alles in Pf.):

Nahrungsmittel einschl. Tabak	16 902 490	—	755 947
Feuerungstoffe	27 262 779	—	818 385
Andere Rohstoffe	8 117 460	—	1 000 294
Eisen und Stahl	30 453 190	—	1 575 853
Andere Metallfabrikate	6 961 133	—	691 501
Messer- und Hartguthwaren	4 636 006	—	251 994
Telegraphen-Kabel und Apparate	1 808 136	—	1 030 505
Maschinen	20 065 916	—	1 311 101
Neue Schiffe	4 285 485	—	1 586 000
Holzwaren	1 510 516	—	40 392
Garne und Gewebe:			
Baumwolle	73 626 797	—	1 168 697
Wolle	25 386 790	—	2 078 812
andere Textilwaren	12 648 109	—	455 998
Kleidungsstücke	7 561 821	—	43 955
Chemikalien, Drogen	12 079 554	—	520 497
Leder und Lederwaren	4 955 735	—	544 907
Edelwaren, Glas	3 278 707	—	281 268
Papier	1 797 861	—	125 157
Verschiedene Waren	23 837 473	—	880 955

Zur weiteren Erklärung der vorstehenden Ziffern sei noch das Nachschleichen bemerkt: Für den Rückgang der Ausfuhr von Feuerungsstoffen ist allein der billigere Preisstand verantwortlich zu machen, denn es wurden davon 46 622 700 T. gegen 44 897 948 T. verschifft. An der Wiederausfuhr der anderen Rohstoffe sind vornehmlich Säure und Felle und zwar mit 903 400 Pf. beteiligt, sowie Wolle mit 162 602 Pf. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl stellte sich auf 3 571 373 T. gegen 3 478 645 T. Davon entfielen auf Maschinen 1 065 473 gegen 1 025 566 Tonnen, wovon Amerika nur 333 258 gegen 504 251 T., dagegen Deutschland 147 270 gegen 111 242 T. entnahm. Von Eisenbahnmaterial wurden 728 156 gegen 716 210 T., an Weichseilen 293 147 gegen 312 206 T. ausgeführt. Die Ausfuhr von Baumwoll-Garnen und Zwirnen ergab 150 762 300 gegen 166 360 900 Pf., die Türkei und der ferne Osten nahmen beträchtlich weniger davon auf; die Ausfuhr von Baumwollgeweben stellte sich auf 1 557 299 700 gegen 5 331 553 500 Yards. Die einzigen Positionen, welche einen wesentlichen Rückgang erlitten haben, sind Schiffe sowie Telegraphen-Kabel und Apparate. Der Export von Zement hat sich von 520 512 Pf. auf 647 740 Pf. bezw. von 303 252 auf 400 380 T. gehoben.

Das erste Halbjahr zeigte für Englands Handel eine durchaus bestrengende Lage, sowohl in Bezug auf Umfang des Geschäfts wie auf Gewinn. Allerdings entsprach der Umfang des Geschäfts nicht den Wünschen, welche darüber abgehandelt hatten. Mit der zweiten Hälfte des Jahres trat aber ein allmähliches Aufwachen des Verkehrs und der Gewinne ein, teils auf die schlechte Ernte an Getreide und Obst, welche die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung verringerte, teils auf die unfriedliche Lage des Getreidehandels; dazu traten die ungünstige Stellung des Weltmarktes, eine Reihe von zwingenden Liquidationen an der Börse, der wirtschaftliche Niedergang in Amerika und politische Einflüsse, namentlich die Verringerungen zur Verringerung des Zollsystems sowie die Wirren im nahen und fernen Osten. Von der Entwicklung der letztgenannten Momente dürfte es hauptsächlich abhängen, wie sich das neue Jahr für Englands Außenhandel gestalten wird.

Nun noch ein paar Zahlen über Welt-Handel und Welt-Einfuhr und -Ausfuhr im Jahre 1902 nach den Angaben des statistischen Amtes in Washington.

Die Gesamtausfuhr aller Länder betrug im Jahre 1902 (für einige Länder mußte das Jahr 1901 zu Grunde gelegt werden) 10 278 616 000 Dollar (1 Dollar gleich 4 Mk.) und die Gesamteinfuhr 11 525 755 000 Dollar. Der Unterschied in diesen Zahlen bringt teils den Wertausgleich infolge der Transportkosten zur Erscheinung, teils erklärt er sich dadurch, daß die Einfuhr eines Land-

des schärfer kontrolliert wird als die Ausfuhr. Die Staats-einkünfte aller Länder betragen sich auf 7 854 301 000 Dollar und die Gesamtausgaben auf 7 939 510 000 Dollar. Die Schuldenlasten werden mit 34 389 604 970 Dollar angesetzt und der Zinsendienst hierfür mit 1 416 397 448 Dollar. Staatliches Geld gibt es in der Höhe von 11 999 300 000 Dollar, wovon ein Drittel, nämlich 2 963 600 000 Dollar ungedecktes Papiergeld darstellt, 5 355 000 000 Dollar aus Gold besteht und 3 680 700 000 Dollar aus Silber.

Streik bei der Dresdener Molkerei Gebrüder Pfund.

Seit langer Zeit war bekannt, daß unsere Kollegen Molkerei, sowie die Molkereibetriebe bei dieser Firma unter Verhältnissen arbeiteten, welche äußerst verbesserungsbedürftig waren. Von unserer Organisation konnte jedoch nichts getan werden, weil die in Frage stehenden Kollegen nicht organisiert waren. Da endlich, im Laufe des vorigen Jahres, schlossen sich die Mehrzahl der dort beschäftigten Kollegen unserem Verbande als Mitglieder an. Von der Ortsverwaltung Dresden wurden nunmehr die dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer näheren Prüfung unterzogen und die Wünsche und Forderungen der bei der Dresdener Molkerei Gebrüder Pfund beschäftigten Molkerei, der Firma in einem Schreiben am 7. September 1903 überandt.

Obwohl in diesem Schreiben um Antwort bis zum nächsten Freitag, den 11. September, ersucht wurde, wandte sich Herr Kommerzienrat Pfund schon am Mittwoch, den 9. September 1903 an das hiesige Gewerbegericht und ersuchte um Vermittlung. Am Donnerstag, den 10. September, fand daraufhin die Einigungsverhandlung statt und wurde vor dem Gewerbegericht ein Vertrag mit der Firma abgeschlossen, den wir in Nr. 20 unseres Couriers zum Ausdruck brachten. Darin wurde den Molkereibetrieben ein Mindestlohn von 21 Mk. garantiert. Außerdem erhielt jeder Unverheiratete freie Wohnung, jeder Verheiratete wöchentlich 1 Mk. Wohnungsgeldzuschuß. Ferner wurde die Arbeitszeit dahingehend geregelt, daß kein Molkereibetrieb mehr als 11, höchstens aber 12 Stunden (einschließlich einer 15minütigen Pause) zu arbeiten hatte. Die Nebenarbeiten, als Ende und Wäsche tragen, Kohlen ausladen und dergleichen, die sonst noch Beendigung der Tour verrichtet werden mußten, wurden abgefaßt, bezw. werden diese Arbeiten den Molkereibetrieben, wenn sie hierzu herangezogen werden, besonders bezahlt. Zur Sonntagsarbeit dürfen die Molkereibetriebe höchstens einmal im ganzen Jahre herangezogen werden. Als Entschädigung hierfür erhält jeder Molkereibetrieb alljährlich während der Monate April bis September einen Erholungs-Urlaub von 5 Tagen.

Nach diesem Vertrag auch noch manches zu wünschen übrig, so waren unsere Kollegen doch einwilligen vollkommen befriedigt und gedachten dieselben, nach langer Zeit die Arbeit zur Zufriedenheit der Firma zu erledigen.

Anders jedoch der Herr Kommerzienrat Pfund und dessen Ratgeber. Dessen Arbeiterfreundlichkeit war, nur eine Scheinware. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, war Pfund auf die Wünsche seiner Molkereibetriebe bereitwillig eingegangen. Vorher hatte er sich schleunigst bei seinem Freunde Volke in Berlin Rat geholt. Was dort verhandelt wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Nachdem der Vertrag abgeschlossen war, wie es den Molkereibetrieben, alles zur befriedigenden Zufriedenheit geregelt war, begannen die Molkereibetriebe — der bösen Sozialdemokraten, der unzufriedenen Arbeiter — nein, weit gefehlt! Die Molkereibetriebe begannen von dem Inspektor und dem Kontrolleur Wehner.

Wehner, ein wegen Soldatenunfughandlungen entlassener Artillerieunteroffizier, folgte der Inspektion Pfundes unsere Kollegen alles andere als anständig zu behandeln. Dieses war selbstverständlich bei den Verhandlungen mit Pfund zur Sprache gebracht worden und hatten beide wohl Angst um ihre Stellung. Von diesen Herren wurden die nicht-organisierten Molkereibetriebe und Hofarbeiter zu einer Versammlung eingeladen und einen Verein, mit dem stolzen Namen „Verband“, gegründet. Zweck dieses „Verbands“: Agitation gegen den Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Alle unsicheren Elemente, die in der Arbeit nicht lüchlig waren oder sonst etwas auf dem Herdholz haben, beteiligten sich an dem „Pfund-Verband“, ebenso diejenigen, welchen es an Märrage fehlte, ihre Kleide offen und ehrlich zu vertreteln. Unter dem Vorwande der Unparteilichkeit und dem Vorgeben der Hochhaltung des Konfliktrechtes, sicherte die Firma den Mitgliedern dieses „Pfund-Verbands“ dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen zu, welche unsere Organisation mit der Firma vereinbart hatte. Außerdem sicherte aber auch noch die Firma den Mitgliedern des „Pfund-Verbands“ Fortzahlung des vollen Lohnes zu, wenn dieselben durch die in unserem Verband Organisierten am Arbeiten verhindert werden. Ob dies unpatriotisch ist, das überlassen wir getrost der Arbeiterentscheidung. Eine Anzahl der bei der Firma Beschäftigten ging auf diesen Reim. Die Folgen werden die baldigst merken.

Nachdem alles soweit in Ordnung gebracht war, begannen die Molkereibetriebe. Zunächst wurde ein Molkereibetrieb entlassen. Die von der Organisation unternommenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Bereits damals wollten unsere Kollegen die Arbeit niederlegen. Von den Bevollmächtigten auf die Unzufriedenheit der Lage hingewiesen, sahen sie doch davon ab und bernühten sich durch die wiederholten Auforderungen seitens der Firma, daß niemand gemahregelt werden solle.

Nachdem alles soweit in Ordnung gebracht war, begannen die Molkereibetriebe. Zunächst wurde ein Molkereibetrieb entlassen. Die von der Organisation unternommenen Verhandlungen verliefen ergebnislos. Bereits damals wollten unsere Kollegen die Arbeit niederlegen. Von den Bevollmächtigten auf die Unzufriedenheit der Lage hingewiesen, sahen sie doch davon ab und bernühten sich durch die wiederholten Auforderungen seitens der Firma, daß niemand gemahregelt werden solle.

interveniert. Herr Kommerzienrat Pfund selbst ließ sich nicht sprechen, trotzdem er vorher mehrmals unserm Beamen erklärt hatte: „Wenn Sie irgend ein Anliegen haben, so kommen Sie zu mir.“

Sein Sohn, Dr. Pfund, und der Direktor Buge machten uns seine Ansichten und stellten die unwahre Behauptung auf: jene zwei neuangelegten Hofarbeiter seien schon seit langer Zeit bei der Firma Pfund in dem Meiereihof Reinholdshain beschäftigt, nur weil im Winter dort nichts zu tun, seien dieselben nach Dresden beordert.

In der Versammlung am Sonntagabend wurde das Resultat dieser Verhandlung bekannt gegeben und gestellt, daß die beiden in Frage kommenden nicht bei der Firma Pfund, sondern bei den Kandidaten Zimmert und Lieber in Reinholdshain in Stellung waren.

Die Kollegen der Firma Pfund betrachteten die Entlassungen als Maßregelungen. Der Bevollmächtigte empfohl den Kollegen, nochmals zu versuchen, mit dem Kommerzienrat Pfund persönlich zu verhandeln und wenn dies unmöglich oder ergebnislos, das Gewerbegericht anzurufen. Die Kollegen waren jedoch anderer Ansicht und beschloßen, die Arbeit sofort niederzulegen, falls die am nächsten Sonntag früh 3 Uhr zu unternehmenden nachmaligen Verhandlungen ohne Erfolg verliefen. 27 Kollegen verpflichteten sich schriftlich, die Solidarität hochzuhalten. Am nächsten Morgen trafen die Kollegen zusammen, um die Bevollmächtigten zur nachmaligen Vermittlung zu entsenden. Nach ehe dies geschehen konnte, war der Kommerzienrat Pfund persönlich auf den Polizeigebiet geeilt. Auf das höfliche Ersuchen der Bevollmächtigten antwortete Pfund: „Ich lehne jede Verhandlung ab, die Leute sind mir zu teuer.“ Unter diesen Umständen verzichteten unsere Kollegen auf die Arbeit bei der Firma Pfund in der Erkenntnis, daß es besser sei, sofort zu gehen, als sich in einigen Tagen von Pfund einen Tritt geben zu lassen. Bei der Firma begann nun ein heftiges Treiben. Die Auszubildenden, jeder verfügbare Arbeiter, ja sogar ein Sohn des Kommerzienrats wurden als Molkereibetriebe auf den Hof gesteckt und beschaffen die Molkereiprodukte an den Mann zu bringen. Von der Polizei wurde dem Kommerzienrat erlaubt, seine Produkte am ganzen Tage (Sonntag), auch während der Kirchzeit zu verkaufen. Alle verfügbaren Polizeimannschaften wurden beordert, das Eigentum der Firma zu schützen. Leider gab es nichts zu tun, denn die Molkereibetriebe verließen sich vollkommen ruhig. Die am Sonntag nochmals unternommenen Vermittlungsversuche waren vergeblich. Sofort verkaufte die Firma am künftigen hiesigen bürgerlichen Zeitungen Artikel, die diese am Montag zum Ausdruck brachten. In diesen Artikeln behauptete die Firma, wie ihr genau bekannt, der Wahrheit zuwider, daß ihre Molkereibetriebe von dritter Seite, von dem sozialdemokratischen Verbande, zum Streik verleitet worden seien. Ferner folgte wieder die Behauptung, daß die zwei neuangelegten bereits in Reinholdshain bei der Firma beschäftigt gewesen seien.

In allen Zeitungen erschienen außerdem noch große Inserate, in denen die Kundschafft ersucht wurde, die Unregelmäßigkeiten zu entschuldigen und ihren Bedarf in den Füllern zu entnehmen. An den öffentlichen Wagen der Firma prangten große Plakate gleichen Inhalts.

Selbstverständlich verließen unsere Kollegen nicht die genannten Verhältnisse in einem Flugblatt niederzulegen und die künftigen Unwahrheiten, welche die Firma verbreitete, richtig zu stellen. Dieses Flugblatt wurde sämtlichen Kunden überreicht. Trotz alledem konnte nicht verhindert werden, daß die Stellen der Auszubildenden anderweitig besetzt wurden. Die noch bei der Firma Beschäftigten haben sich die größte Mühe gegeben, um ihre Verwandschaft und Freundschaft heranzuziehen. Die Firma war auch nicht wahllos, sondern nahm, was zu bekommen war. Was für Elemente jetzt dort sind, merkt die Firma an dem Umfange.

Das Gewerbegericht erachtete den Vertrag nicht als gebrochen, weil — die Hofarbeiter in diesem Vertrag nicht extra als solche benannt sind. Daher gelte dieser Vertrag nicht für die Hofarbeiter. — ??

Wir betrachten die Hofarbeiter ohne Zweifel als unsere Kollegen umfomehr, als fortgesetzt ein Wechsel vom Hofarbeiter zum Molkereibetrieb und umgekehrt stattfindet. Den Hofarbeitern wurden hierauf nur Abgangsbeihilfen ausgestellt. Als dieselben ein Zeugnis auf Grund § 113 der Gewerbeordnung beantragten, wollte die Firma ihnen unter allen Umständen noch eins ausstoßen und hincinschreiben, daß der Austritt infolge Streik erfolgte. Auf Intervention des Verbandes unterließ schließlich dies.

Die Auszubildenden haben vorzugehen, selbst zu gehen, als sich auf das Plakat werfen zu lassen. Einige sind bereits anderweitig untergebracht, und die anderen werden von unserer Organisation unterstützt. Auch für diese wird sich wieder Arbeit finden.

Unsere Kollegen haben diesen Streik verloren, das Resultat hat gefehlt. Aber es ist ein wahrer Vorhug. Die alten erprobten Molkerei, die jahrelang (bis zu zehn Jahren) ihre Nachträte geerntet haben, um den Kommerzienrat Wehner zu schaden, die mitgeholfen haben, daß die Firma Dresdener Molkerei Gebrüder Pfund groß wurde und zu dem Ansehen gelangte, das sie als Molkerei genießt, hat man gezwungen, ihre Arbeit zu verlassen, nachdem mit Hilfe der Organisation Zustände geschaffen waren, daß ein Molkereibetrieb wenigstens existieren konnte. Dafür hat Pfund jetzt durchweg minderwertige Arbeitskräfte. Pfund selbst hat erklärt: „Es werden sich viele davon für unser Geschäft nicht eignen.“

Was dieser Streik die Firma kostet, hat Dr. Pfund auf dem Gewerbegericht vormentert. Jedenfalls läßt sich der Kommerzienrat Pfund dies als Warnung dienen und handelt später nicht wieder in solch fribolser Weise. Er hat zwar versprochen, seine alten Leute wieder einzustellen, doch mit solchen Lebensarten ist denselben nicht gedient. Darüber, daß die Kinder am Sonntag früh keine Milch erhalten haben, hat Pfund betnahe gelächelt. Das Wohl seiner langjährigen Arbeiter gilt ihm nichts. Auch bezüglich der Kinder sind's nur Gehilichkeitsstrafen, denn mit ein ganz klein wenig Humanität konnte beiden, den Kindern und den Molkereibetrieben, geschehen werden. Aber im Geldschilde hat Pfund die Molkerei auf's Plaster geworfen, unbekümmert darum, ob die Kinder bekommen oder nicht. Ihm ist es nur darum zu tun, seine Produkte umzusetzen, gleichviel ob andere dabei zu Grunde gehen. Hierfür noch ein Beispiel.

Die Molkerei suchen sich zu nähren so gut es eben geht. Einer ganzen Anzahl Kinder schmeiden die Produkte der Molkerei Pfund infolge der Vorurteile nicht mehr.

Dies hat zwei Kollegen bewogen, selbst Milchpendel anzufangen. Hinter jedem dieser Kollegen steht der reiche Kommerzienrat der Mann her, nämlich zwei Auszubildenden und zwei Kontrollanten der Fahrrad. Bei jedem, wo die beiden etwas abgeben, stehen die zwei Molkereibetriebe und geben acht. Als dann händigen sie dem betr. Abnehmer einen Brief ein. In diesem Brief gibt die Firma bekannt, daß der Ausfuhrer (folgt Name) nicht mehr bei der Dresdener Molkerei Gebrüder Pfund in Stellung ist. Gleichzeitig empfiehlt Pfund seine Produkte und weist auf seine vielen Filialen hin.

Diese Handlungsweise ist allerdings äußerst — schön. Der arme Kommerzienrat sucht den von ihm auf's Plaster geworfenen Molkerei das bisherige Brot zu verkümmern. Der Kommerzienrat braucht es auch notwendiger als jeder andere.

Wenn es sich um die Arbeiter handelt, dann halten alle Arbeitgeber zusammen. Auch hierfür erhielten wir wiederum einen neuen Beweis.

Der größte Konkurrent am hiesigen Plage ist die Molkerei Gustav Winter Nachf., Inhaber Paul Reh. Somit bekämpfen sich beide Firmen und möchten sich am liebsten aufstellen. Als jedoch der Pfund der Streit ausbrach, verband sich Pfund sofort mit seiner Konkurrenz und Reh verpflichtete sich, keinen der Streikenden einzustellen.

Offenkundig ziehen unsere Kollegen daraus die Lehre, daß es gegen die Willkür und Brutalitäten der Unternehmer nur eins gibt: festen Zusammenschluß in der Organisation. Erst dann wird es besser werden.

Bur Lage der Straßenbahner Königsbergs.

Vor zwei Jahren, als den Angestellten der städtischen elektrischen Straßenbahn der lange Dienst trotz ihrer Schicksalsgegend nicht mehr behagte, raffen sie sich an und traten der Organisation bei, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Die Folge davon war, daß in der Arbeitszeit eine bedeutende Besserung eintrat. Wie nun die Kollegen Straßenbahner aber vielerorts eine große Gleichgültigkeit an den Tag legen, war es auch hier, es war deshalb kein Wunder, daß das, was sie erreicht hatten, bald wieder verloren ging und noch verschlechte Verhältnisse eintraten. Dieses veranlaßte denn in letzter Zeit einige Kollegen Straßenbahner, den Weg nach unserem Verbandsbureau zu gehen, um dort ihre Not zu klagen.

Seitens der Verbandsleitung wurden die Kollegen nun nicht so lebenswichtig aufgenommen, weil sie doch schon einmal der Organisation wieder den Rücken gekehrt hatten, erst auf Veranlassung derjenigen, welche der Organisation treu geblieben waren, wurden zum 25., 26. und 27. Februar 3 Versammlungen veranstaltet, in welchen die Molkereibetriebe kritisiert werden sollten, um sie anlässlich der Elektriberatung im Stadtparlament dort zur Sprache zu bringen. Die Zustände, wie sie in diesen Versammlungen geschildert wurden, sollten aller Kritik und ist es keine Ehre für eine Großstadt wie Königsberg, daß die Angestellten derart behandelt werden.

Seitens des hiesigen Statistisches Amtes ist vor Jahresfrist eine Aufstellung gemacht, in welcher die Tagesdienstzeit der Straßenbahner in folgendem Maßstab angegeben ist: Bei der Straßenbahn regelt sich für das Fahrpersonal die Arbeitszeit nach dem folgenden Dienstplan. Danach schwankt diese Zeit zwischen 6½ Stunden („Frühdienst“) resp. 8 und 15½ Stunden und beträgt in den 8 Arbeitslagen des ersten Dienstkreises durchschnittlich 10,2 Stunden, in den 7 Arbeitslagen des zweiten und dritten Dienstkreises durchschnittlich je 10,7 Stunden.

I. Dienstkreis: 9 Tage.

1	2	3	4	5	6	7	8	9
6½	15	12	8	15	12	8	15½	—

II. Dienstkreis: 8 Tage.

10	11	12	13	14	15	16	17
15	12	8	15	12	8	15½	—

III. Dienstkreis: 8 Tage.

18	19	20	21	22	23	24	25
15	12	8	12	15	8	15½	—

Der Statistiker Herr Dr. A. Dullio hat nun ausgerechnet, daß der Dienst in dem ersten Dienstkreis durchschnittlich 10,2 Stunden und im zweiten und dritten durchschnittlich 10,7 Stunden beträgt. Da wir nun nicht annehmen können, daß der Herr hiermit eine Täuschung vornehmen wollte, müssen wir bemerken, daß ihm ein ziemlich großer Rechenfehler unterlaufen ist, darin, daß die Dienstzeit im ersten Dienstkreis nach unserer Berechnung nicht 10,2, sondern 11½ Stunden beträgt, und im zweiten und dritten nicht 10,7, sondern 12,1 Stunden.

In allen drei Versammlungen wurde nun aber seitens der Angestellten angestrebt, daß sie eine Arbeitszeit von 6½ Stunden überhaupt nicht kennen, sondern das mindeste sei 8 Stunden, ebenfalls könnte diese Aufstellung nur annähernd für die Wintermonate in Betracht kommen, im Sommer betrage der Dienst mindestens 2 Stunden mehr pro Tag.

Der Lohn ist in folgender Stala festgesetzt:

Führer:	
Jahre	Lohn
Dienstalter	pro Tag
0-1	2,50 Mt.
1-4	2,75 "
4-7	3, - "
Schaffner:	
Jahre	Lohn
Dienstalter	pro Tag
0-3	2,75 Mt.
3-6	3, - "
6-9	3,25 "
9-12	3,50 "
12-15	3,75 "
15-18	4, - "

Das Auffallende hierbei ist, daß die Führer weniger Lohn erhalten, als die Schaffner, da doch die Arbeitszeit bei beiden gleich ist und der Dienst des Führers doch ebenso schwer und verantwortungsvoll ist, wie der des Schaffners. Im allgemeinen ist der Lohn sehr außerordentlich, es wäre auch wohl überflüssig gewesen, die Stala gleich auf 18 Jahre festzusetzen.

Laut Vertrag sollen die Angestellten nun jährlich für 70 Mt. Kleider erhalten, einige Angestellte sind nun schon über 3 Jahre tätig und haben bis jetzt noch keine Kleider erhalten, es einen Anzug und einen Mantel. So ist es auch kein Wunder, daß viele Angestellte in zerlumpten und zertrümpelten Kleidern ihren Dienst versehen müssen, ja viele tragen ihre eigenen Kleider unter dem Mantel. Einige Angestellte sind nun schon im April vorigen Jahres bei dem Lieferanten zum Nachschicken gewesen, dieser hat aber nicht liefern können, weil ihm angeblich der Stoff ausgegangen war. Jetzt natürlich, als der Stoff etwas nachgeschoben ist, soll schon Stoff vorhanden sein, und haben jetzt bereits einige Angestellte neue Mäntel und Anzüge erhalten.

Ein weiterer Mangel ist das Fehlen von Schutzvorrichtungen. Seitens einer Anzahl Privatstraßenbahn-Gesellschaften in anderen Städten sind nun schon an den Perrons Schutzvorrichtungen angebracht, damit die Angestellten vor den Witterungseinflüssen besser geschützt sind; diese Einrichtung wäre auch hier dringend notwendig.

Im weiteren ist den Angestellten die Vergütung, daß ihren Angehörigen zum Nachbringen von Essen oder Kaffee freie Fahrt gewährt wurde, vor einiger Zeit genommen. Angeblich ist diese Vergütung von einigen Angestellten mißbraucht worden, die Verwaltung konnte aber doch etwas ansagen, welche zur zwei- oder dreimaligen Fahrt berechneten.

Auch die persönliche Behandlung der Verwaltung läßt viel zu wünschen übrig, und hier allen voran ist der Herr Stadtbauinspektor Reich. Belastet sich ein Angestellter bei ihm, erhält er zur Antwort: wenn es Ihnen nicht paßt, machen Sie sich andere Beschäftigung, geben Sie Siegel tragen und dergleichen mehr. Zur Charakterisierung des Herrn Reich folgende von ihm ausgesprochene Entlassungszeugnisse:

Zeugnis.

Herr ist vom 17. Juli 1901 bis zum 17. November 1903 bei unserer Verwaltung als Wagenführer beschäftigt gewesen.

Seine Leistungen und Führung waren anfänglich durchaus zufriedenstellend, gaben in letzter Zeit aber zum Teil Veranlassung, da er den Anordnungen eines Vorgesetzten nicht nachkam, auch bei Ausübung seines Berufs die erforderliche Sorgfalt mehrfach außer Acht ließ.

Vertriebsamt der städtischen elektr. Straßenbahn
gez. Reich, Stadtbauinspektor.

Auf Grund dieses Zeugnisses konnte nun ja angenommen werden, daß dieser Angestellte ein fähiger Mensch wäre, dieses ist aber nur nicht der Fall. Drei Dinge können ihm zur Last gelegt werden, und diese sind folgende:

1. Am Januar 1903 hatte er verschlafen, kam daher 1 Stunde zu spät zum Dienst.

2. Im selben Monat hat er an einem Vormittag Termin auf der Polizei gehabt, welcher bis Mittag dauerte, am Nachmittag ist er krankheit wegen nicht zum Dienst erschienen.

3. An einem Tage im August hatte er 8 Minuten Fahrzeitverpätung, diese ist dadurch entstanden, weil eine Straße aufgerissen war, und dem Befehl eines Kontrolleurs, schneller zu fahren, hat er hier nicht sofort Folge geleistet. Hieraus kam nun seine Kündigung.

Dieses oben angeführte Zeugnis ist ihm nicht gleich beim Abgange ausgestellt worden, sondern erst nach mehrmaligen Drängen drei Monate später am 23. Februar 1904.

Herr Reich scheint den bestehenden Gesetzen wenig Achtung zu schenken.

Daß Verbesserung der Verhältnisse dringend nötig, ist wohl hierdurch bewiesen, dieses wird nur geschehen, wenn die Kollegen Straßenbahner sich alle, Mann für Mann, zusammenschließen und an die Stadt Anträge mit Forderungen betreffs Hebung ihrer Lage heranstellen. Es würde dann nicht schwer fallen, bessere Zustände zu erringen, da doch auch der Herr Direktor Dr. Arrieger kein Mann zu sein scheint, der sein Herz für die Arbeiter hat.

Herr Dr. Arrieger hat vor kurzem in einer Kirch-Tuntenheim Versammlung unter anderem folgenden Ausspruch getan:

„Zehn Stunden Arbeitszeit müßte das meiste sein, was von einem Arbeiter verlangt würde.“

Damit nun aber dieser Herr auch seine Worte in die Tat umsetzen kann, ist es vor allen Dingen nötig, daß ihr, die Ihr doch in dem ihm unterstellten Betriebe be-

schäftigt seid, Euch zusammenschließt und dann gemeinsam mit Forderungen an ihn herantrittet.

Darum, Kollegen, wollt Ihr, daß bessere Lebensverhältnisse eintreten und selbige Euch auch erhalten bleiben, so werdet alleamt Mitglieder im Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Capua im Expeditionsgewerbe.

Wenn man die große Masse der Münchener Expeditionen betrachtet, welche infolge miserabler Löhne gezwungen sind, von der Hand in den Mund zu leben — und daneben die Gleichgültigkeit sieht, mit welcher die meisten derselben an ihre Existenzbedingungen denken, so möchte man fast den Leuten Recht geben, welche sagen: daß die Arbeiter ganz allein die Schuld an ihrem Elende tragen. „Es können nicht alle an der Piazza wohnen — wie ein italienisches Sprichwort sagt — aber allen scheint die Sonne.“ Es können nicht alle Arbeiter jetzt ihres Lebens in gesicherten Stellungen ihr Brot verdienen, aber allen ist die Möglichkeit gegeben, sich wenigstens gegen die ersten Schicksalsschläge zu sichern, wenn die Existenz bedroht ist. — Nun dies die Expeditionen? — einige ja — aber beinahe alle sind dies nur ein kleiner Bruchteil, die meisten Arbeiter, die übrige große, träge, dummflüssige Masse hält an der Gewohnheit fest und läßt den lieben Gott sorgen; sie tröstet sich damit, daß ja noch keiner von ihnen verhungert ist, und so lange es noch reicht zu ein paar Maß Bier, ist es nicht so schlimm, wenn auch sonst das Elend aus allen Knochen schaut; im übrigen, kommt Zeit, kommt Rat, ist eine allgemeine Deville.

Die reichen Spediteure und Lademeister, wovon letztere jeder ca. 50 000 Mt. schwer wiegt, können sich allenthalben mit diesem Trost schon abfinden, deren Existenz ist möglichst gesichert, für dieselben tritt schlimmsten Falls die Familie, die Verwandtschaft ein, wenn es wirklich schief gehen sollte.

Die Herren Lademeister und Großspediteure brauchen nicht hungern, wenn eine „Krisis“ eintritt: die Arbeiter aber werden an die Luft gesetzt, wenn es flau geht; können sich dann recht und schlecht, wie es geht, durchhungern, weil es eben an allem fehlt.

Der Arbeiter hat das Vergnügen, zu „schnurren“ — Warum? — sehr einfach, weil er nicht daran gedacht hat, in seiner Duselei, daß es auch einmal „schief“ gehen könnte.

Ersparat haben sich die Leute nichts, können sich nichts ersparen von dem geringen Lohn; der Gewerkschaft, dem Verbande haben sie sich nicht angeschlossen, weil der einzelne zu „ludelig“ war und ist, in der guten Zeit die paar Pfennige Beitrag zu opfern.

Ist das Elend, die Not, da, dann freilich appelliert man an das Solidaritätsgefühl seiner Arbeitskollegen, dann lauft man zum Verband, der soll nun alles wieder gerade machen; da auf einmal erinnert man sich, daß es eine Berufsorganisation gibt, die man früher nicht beachtet, da man ja eine so „sichere, feste Stellung“ hatte, und der Prinzipal, des Capito, sie waren ja so zufrieden mit ihnen, wenn sie auch dummerten und schliefen, das ist man gewohnt im Expeditionsgewerbe, ordinar behandelt zu werden, raubheimig ist hier alles, besonders aber die Weiber; da hat man es doch nicht nötig, sich in Geldkosten und Verlegenheiten zu stürzen. Ein großer Teil schließt sich der Organisation nicht an, aus Furcht vor dem „Herrn“, ihnen ergeht es wie dem Ägypter mit dem Skrofolil.

Der Ägypter betet das Skrofolil an, und er opfert ihm, nicht etwa aus Liebe und Verehrung, sondern aus Angst und in der Hoffnung, sein Skrofolil milder zu stimmen, wenn er recht viele Opfer bringt. Angst geworden sind die Ägypter Jahrtausende hindurch nicht. Die Skrofolile haben sich vermehrt und haben Menschen gefressen, wo sie solche kriegen konnten. Das konnte man ihnen so wenig abgewöhnen, wie dem Wolf, Lämmer zu fressen, so lange er welche hat. Das ist doch klar? Wie weit wir mit dem Skrofolilismus gekommen sind, das haben wir gesehen, alle unsere Opfer haben uns nichts genutzt; die Skrofolile sind immer üppiger geworden, immer gefräßiger; auch hier kann man das Sprichwort anwenden: „Der Appetit kommt über den Essen.“ — Der Ägypter opfert ruhig weiter in seiner Gewohnheitsduselei, seine geliebte Trägheit läßt ihn sein Mittel finden, um sich Sicherheit zu verschaffen; und gerade bei den Expeditionen arbeiten in erster Reihe sind noch ungeschulte Häupter, welche es wie die Ägypter machen, sie füllen ruhig ihre Skrofolile; die Dummheit werden eben nicht alle.

Toll genug können es die „Brüder“ gar nicht leiden; bei der Ladeneinnahme führt man Strafgeister ein für kleinere Vergehen, Verwundungen usw., kein Mensch von den Angestellten weiß, wozu das Geld kommt, abgezogen wird es nach Noten, jeder verursacht Schaden muß voll ersetzt werden, und Abzüge von mehreren Mark pro Woche sind durchaus keine Seltenheit. Dabei ist zu beachten, daß der Wochenlohn 18-20 Mt. beträgt.

Im Lagerhaus der Handelsbank sitzen die Kollegen unter dem Nache des allmächtigen Lagermeisters Sperber, eines Trunkenbolde's schlimmster Sorte; ohne jede Mühseligkeit erheben sie in seiner Verleumdung, die nach seiner Ansicht nicht mehr in den Betrieb passen.

Chikanieren wird allüberall, wozu wir sehen, brutal, gemein behandelt man die Leute, nicht deren Arbeitskraft wird geschätzt.

Anstatt sich ihres gesicherten garantierten Koalitionsrechtes zu bedienen, um bessere Arbeitsbedingungen zu erringen, suchen diese „ordnungsliebenden Arbeiter“, wie sie so gerne dem Dienstherren benannt werden, sich auf Schleichwegen oder durch Liebedienerei Vorteile zu verschaffen, weil ihre geistige Trägheit oder sonstige Umstände sie am Aufstehen hindern. Sie vergehen ihr Jauer erworbenes „Rat“ hinter der Front, unterkriemert um den wogenden Kampf und trösten sich damit, daß sie immer erst zuletzt darauf kommen, wenn die Ausnutzung der überflüssigen oder abgebrauchten Arbeitskräfte vor sich geht.

Man tröstet solche „alte treue“ Arbeiter auch wohl damit, daß man für ihr „gutes Betragen“ Mühseligkeit auf sie nehmen wird, und sie lassen sich verblüffen. Dieser Trost ist aber nicht weiter — er gleicht dem des Chylophen Polyphem, welcher von den gelangenen Griechen in seiner Höhle den Obhissus zuerst verzehren wollte, weil er ihm so guten Wein eingeschenkt hatte.

Schon von altersher waren die Gewohnheiten im Verein mit der geistigen Trägheit die größten Feinde des Menschen, und nicht ohne Grund sagt Andros in der Arbeiter-Markteille unter anderem:

„Den Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert schwarz und dicht, das ist der Überhand der Waise, den nur des Geistes Schwert durchdringt.“

Wollt Euch auch, Expeditionen, der Worte sind genug gewechselt, laßt endlich Taten sehen. Auf! hinein in die Berufsorganisation.

Den Hilfsbedürftigen zur Lehr!

Unser Verbandskollege, der Kollultscher Witz. Möhn, verunglückte am 24. Januar 1898 dadurch, daß er im Betriebe des Berliner Spieltheaters jenseits der Wand und seinen Kollwagen eingeklemmt und er so eine Ablagerung der inneren Organe und des Brustkastens erlitt. Die Lager-Vertrauensgenossenschaft betrachtete auf Grund der Gutachten ihrer Vertrauensärzte den Verletzten um 80 pCt. in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt und gewährte ihm eine entsprechende Rente. Schon im Jahre 1899 setzte indes die Vertrauensgenossenschaft die Rente des Möhn auf 60 pCt. herab. Dieser Herabsetzung lag ein Gutachten des „bekannten“ Vertrauensarztes Dr. Schwärze zu Grunde, in welchem gesagt wurde, daß der Puls und die Herzstätigkeit des Möhn „jetzt regelmäßig sei und es auch bei stärkeren Bewegungen bleibe“. Dr. Schwärze gab also durch dieses Gutachten indirekt selbst zu, daß die Herzstätigkeit und der Puls des Verletzten infolge des Unfalls unregelmäßig funktionierten, somit mit hoher Wahrscheinlichkeit durch den Unfall eine Herzbeschädigung oder vielmehr ein Herzleiden entstanden war. Der Zustand Möhns hatte sich aber in Wirklichkeit entgegen dem Gutachten des Dr. Schwärze nicht gebessert, sondern ständig vergrößert und 1902 trat dann der Tod ein. Nach dem Gutachten des behandelnden Arztes, Dr. Vennlein, war das Wiederkommen der Folgen des erlittenen Unfalls zurückzuführen. Die Vertrauensgenossenschaft bestritt aber nunmehr, als die Witwe eine Hinterbliebenen-Rente forderte, daß der Tod des Kollegen Möhn auf den Unfall zurückzuführen sei, mit folgender Begründung: „Nach dem Gutachten des Arztes, welcher die Leichenöffnung ausgeführt hat, ist der Tod ihres Ehemannes infolge eines Herzleidens eingetreten, welches durch den Unfall weder hervorgerufen, noch verschlimmert worden ist.“ Man vergleiche damit das Gutachten des Vertrauensarztes der Vertrauensgenossenschaft. Mit dem Vorbehalte kam Frau Möhn nach unserem Verbandsbureau, und hier wurde ihr gesagt, sobald der berufungsfähige Beschäftigte eintreffe, solle sie sofort wiederkommen, das weitere würde dann vom Verbandsamt besorgt.

Nach Aussage der Frau Möhn hat sich daraufhin folgendes zugefallen: Sie wurde aufgefordert, nach dem zuständigen Polizeirevier zu kommen, bezugs Aufnahme eines Protokolls über ihre Ansprüche an die Vertrauensgenossenschaft. Sie habe dort dem amtierenden Leutnant Probst erklärt, daß von befreundeter Seite ihres verstorbenen Mannes die Sache bereits anhängig gemacht sei. Herr Probst habe erklärt, auf solche Weise würde sie sich nur Geldkosten verursachen, die Angelegenheit würde von der Polizeibehörde ausgenommen und gehe dann den richtigen Instanzenweg durch.

Am 10. Juli erhielt nun Frau Möhn den berufungsfähigen Beschäftigten, sich auf die Polizei beauftragt, legte die Witwe die Aufschrift weg, weil sie dachte, die Sache sei bei der Polizei in guten Händen. Diese Vertrauensgenossenschaft sollte Frau Möhn aber schwer büßen müssen. Als sich lange Zeit nichts regte, wurde die Frau schließlich doch lange, und sie ging mit dem Beschäftigten der Vertrauensgenossenschaft nach dem Verbandsbureau, um hier weitere Erkundigungen einzuziehen. Die Verbandsangestellten konnten nun der armen Frau nur den Bescheid geben, daß sie die Berufungsfrist verstrichen habe und deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach nichts mehr zu machen sei. Um aber alles zu versuchen, wurde sofort beim Schiedsgericht Einsetzung der Sache in den früheren Stand beantragt.

Dies wurde seitens des Schiedsgerichts abgelehnt, und nunmehr wurde im Auftrage der Frau Möhn Refus beim Reichsverordnungsamt eingeleitet. Hierbei wurde angeführt, daß Frau Möhn durch die Behinderung, welche sie von dem Polizeileutnant Probst erhalten haben wollte, wohl irre geführt sei, so daß die Verschuldung an der Verfassung der Berufungsfrist außer ihrem Willen gelegen habe. Polizeileutnant Probst berichtete über den Fall auf Ersuchen des R.-V.-A. wie folgt:

„mit dem Verichte zurückgekehrt, daß ich mich auf die vorliegende Sache nicht mehr genau besinnen kann. Es ist mir nur erinnerlich, daß ich Ende Juli 1902 in einer Unfallfrage mit Frau Möhn verhandelt habe. Da ich in dieser Sache die p. Möhn zu Protokoll genommen habe, weiß ich nicht. Einen Beschäftigten, wie er von der Beschäftigtenführerin angeführt worden ist, habe ich nicht erteilt.“

gez. Probst, Polizeileutnant.

Daraufhin hat das R.-V.-A. den Refus der Frau Möhn gegen die Einsetzung des Schiedsgerichts verworfen. Das Urteil wurde wie folgt begründet:

„Die Kläger haben gegen den ihren Anspruch auf Gewährung einer Hinterbliebenen-Rente ablehnenden Bescheid vom 9. Juni 1902, welcher ihnen am 10. Juli 1902 zugestellt worden, unter dem 10. September 1902 Berufung erhoben mit der Begründung, daß sie infolge einer unrichtigen Rechtsbelehrung seitens des Polizeileutnants Probst als Hinterbliebenen des 78. Polizeireviers zu Berlin die Berufungsfrist verstrichen hätten. Die Berufungsfrist ist am 12. September 1902 bei dem Schiedsgerichtsvorstand eingebracht. Dieser hat durch Beschäftigten

vom 21. September 1902 die Berufung der Kläger zurückgeleitet, da dieselbe nicht rechtzeitig eingeleitet sei. Nachdem die Berufenden hierauf bei dem Schiedsgericht die Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung beantragt hatten, ist durch Urteil des Schiedsgerichts vom 31. Oktober 1902 die Berufung gegen den Bescheid der Beklagten vom 19. Juli 1902 als verpatet zurückgeleitet worden.

Gegen dieses Urteil haben die Kläger Rekurs eingelegt mit dem Antrage, ihnen unter Aufhebung des angefochtenen Urteils die Hinterbliebenenrente zuzusprechen. Sie führen im wesentlichen aus, der berufungsfähige Bescheid vom 9. Juli 1902 sei deshalb von ihnen nicht beschwert worden, weil sie vor Zustellung desselben durch die unrichtige Belehrung des genannten Polizeileutnants in den Rechtsirrtum verführt worden seien, ihr Anspruch werde ohne ihr Zutun von der Polizeibehörde weiter verfolgt.

Die Beklagte hat die Zurückweisung des Rekurs beantragt.

Von dem Reichsversicherungsamt ist noch weiterer Beweis erhoben worden, indem es den Polizeileutnant Brodt gegenüber über seine Erklärungen gegenüber der Witwe Mähm vernommen hat.

Es war, wie gefolgt, zu erkennen.

Nach § 76 Abs. 2 des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes ist die Berufung der Verneinung des Ausschlusses innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Bescheides bei dem Schiedsgericht zu erheben. Da hiernach die Frist zur Erhebung der Berufung mit dem 10. August 1902 abgelaufen ist, so haben die Kläger an sich zwar die einzuliegende Frist nicht gewahrt. Würde jedoch ihre Behauptung erwiesen sein, daß sie durch eine unrichtige Belehrung seitens des Polizeileutnants Brodt in den Irrtum verführt worden, die Polizeibehörde werde ohne Zutun der Kläger deren Entschädigungsanspruch verfolgen, so hätte angenommen werden können, daß die Kläger durch außeracht ihres Willens liegende Verhältnisse von der Einhaltung der Frist abgehalten worden seien, und in einem solchen Falle wäre die sachliche Prüfung ihres Anspruchs geredigt worden. Denn die angeblich unrichtige Belehrung ist hier durch einen Vorberand in Berlin ausgegangen, welcher für die arbeitende Bevölkerung ungefähr eine beherrschende Stelle von so autoritativer Bedeutung darstellt, daß in einer kleinen Stadt ein Bürgermeister, ein solcher würde nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts (Rechtsentscheidung 1516, Amtliche Nachrichten des R.-V.-M. 1896, Seite 288) als eine beherrschende Stelle angesehen, von welcher mit Recht erwartet werden darf, daß sie eine richtige Auskunft über die Unfallversicherung geben werde. Es ist aber nicht erwiesen, daß der Polizeileutnant Brodt der Witwe Mähm eine derart unrichtige Belehrung erteilt hat, daß sie in den Irrtum verführt werden konnte und nach dem Umständen mußte, die Unfallfrage werde von der Polizeibehörde weiter verfolgt werden. Der Polizeileutnant Brodt konnte sich bei seiner Vernehmung naturgemäß bei der Länge der Zeit und der Menge der diesen Beamten obliegenden Vernehmungen und Verhandlungen mit dem Publikum auf die einzelnen Worte, die er gegenüber der Witwe Mähm gesprochen hat, nicht entsinnen, er hat auch eine Erklärung seinerseits, die die Witwe Mähm hätte mitverlesen können, nicht, wohl aber eine solche Vernehmung für ausgeschlossen erklärt, wie sie ihm von der Witwe Mähm vorbildlich in den Mund gelegt wird. Danach ist zwar ein Irrtum der Witwe Mähm nicht ausgeschlossen, namentlich in der Richtung, daß sie, die nach dem Akt der Landes-Versicherungsanstalt Berlin, betreffend die Beitragsverteilung — 8 1889, 02, die Erhaltung der Gasse der für ihre verstorbenen Gemann entrichteten Beiträge am 20. Juni 1902 beantragt hatte, eine etwaige von dem Polizeileutnant Brodt in dieser Angelegenheit erteilte Auskunft mit der Unfallfrage irrtümlich in Zusammenhang gebracht hat. Jedenfalls aber läßt sich die Annahme nicht begründen, daß der genannte Zeuge ihr in der vorliegenden Sache die ihrerseits behauptete unrichtige Belehrung erteilt hat, durch die sie nach ihrem Bildungsstande in den verhängnisvollen Irrtum hätte verführt werden müssen. Danach fehlt ein gesetzlicher Grund zur Wiedereröffnung der Klage in den vorliegenden Stand gegen die Verurteilung der Rekursfrist, und daraus folgt die Zurückweisung des Rekurs.

Kollegen! Hieraus könnt Ihr ersehen, wie bitter es sich rächt, wenn Ihr Euch von irgend welchen Personen abreden laßt, Euren Verband mit der Mahrung Eurer Interessen zu betrauen. Sollte Frau Mähm weniger auf die Reden des Polizeileutnants vertraut und wäre sie dem Rat der Verbandsangestellten gefolgt, dann betäme sie wahrscheinlich für sich und ihre armen Kleinen eine Rente. Das diene Euch allen, Kollegen zur heilsamen Lehre. Braucht Ihr Schutz und Hilfe, dann wendet Euch nur an den Verband und an sonst niemand. Schärft dies auch Euren Frauen ein.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Elberfeld. Generalversammlung. Die Abrechnung vom 1. Quartale sowie die Jahresabrechnung gab Kollege Mähm. Die Gesamtjahresrechnung betrug 5145,35 Mark. An die Hauptkasse wurde 3121,90 Mk. abgeführt und für Eterbe-Unterstützung 469,65 Mk., Kranken-Unterstützung 577,64 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 280 Mk. ausbezahlt. Den Tätigkeitsbericht des Vorstandes erstattete Kollege Dettmering. Es fanden 37 Versammlungen, 71 Besprechungen statt. Ferner wurden im Bureau in 231 Fällen mündliche Auskünfte erteilt, sowie über 100 Schriftstücke angefertigt, in mehreren Fällen wurde auch die Vertretung am Gericht übernommen.

Unter den indifferenten Berufskollegen wurde eine lebhaftige Agitation entfacht und konnte bei den Fensterputzern eine Sektion gegründet werden, welche heute fest steht. Anders war es bei Badern, Geschäftsm. und Hausdienern. Schon öfters war der Versuch gemacht worden, auch diese Kollegen der Organisation zuzuführen, doch ohne Erfolg, auch im letzten Geschäftsjahr hat es an der

nötigen Agitation nicht gefehlt, durch Abhaltung mehrerer gut besuchter Versammlungen wurden auch 40 Kollegen aufgenommen, doch der Indifferentismus unter diesen Berufskollegen ist so groß, daß sogar einige von diesen Kollegen eine Gegenaktion gegen die neugegründete Sektion betrieben, und in einer Weise, die wohl zu den Seitenhieben gehört dürfte. Als unser Verband für den 6. März-Vollversammlung (Schalterdienst, Patet-Ausgabe und -Annahme) eintrat, glaubten einige dieser Kollegen, das würde ihnen schaden. Also eine Verführung der so langen Arbeitszeit wollten diese Arbeiter nicht! Ein anderer Teil dieser Berufskollegen hält es unter seiner Würde, mit Arbeitern, welche im Handels-, Transport- und Verkehrsbereichsverband organisiert sind, zu verkehren. Klassenholz und Mühl ist bei einer großen Anzahl noch vorhanden. Sie glauben zu etwas „Böherem“ geboren zu sein, dabei hätten gerade diese Kollegen alle Ursache, sich zu organisieren, sind doch Löhne von 12—15 Mk. keine Seitenhieb, ohne von der langen Arbeitszeit zu reden, haben doch in der Weihnachtszeit in einer ganzen Anzahl Geschäfte Pader sowie Hausdiener keinen freien Sonntag und keinen Feiertag. Dafür haben sie denn als Entschädigung zu Weihnachten 10—20 Mk. erhalten, damit müssen sie auch das ganze Jahr hindurch zufrieden sein und sich nicht zur Arbeiterschaft rechnen. Hier liegt noch ein großes Arbeitsfeld vor uns, damit auch diese noch fernstehende Kollegen zum Selbstbewußtsein gebracht werden.

Much einige Karloffelder haben sich von den Unternehmern ins Wäldchen jagen lassen und haben dem Verband den Rücken gekehrt, ob diese Leute es schon so schnell vergessen haben, daß es nur unser Verband war, welcher kein Mittel und keine Opfer scheute und die Kollegen in Schutz nahm, als die sämtlichen Firmen 1,50 Mk. pro Wagon abziehen wollten. Nur durch Eintreten unseres Verbandes mußten die Unternehmer von einer Lohnsenkung Abstand nehmen. Die Führer der Firma Waß haben sich durch Verprechungen der Firmen-Inhaber bereiten lassen und ihre Mitgliedschaft preisgegeben, aber sie werden noch schwer bereuen. Einige von ihnen haben auch schon trübe Erfahrungen machen müssen.

Der Vorstand fordert alle Anwesenden auf, ihre ganze Kraft einzusetzen, damit in diesem Jahre das Gelingen möge, was bisher ohne Erfolg geblieben ist. Bei der Vorstandswahl wurden als Vorstehende die Kollegen V. Dettmering, M. Vertram, als Schriftführer A. Repp und Franke, als Kassierer G. Mähm, als Revisoren E. Hambe, Schwarz und Bornemann per Stimmzettel gewählt.

Nachdem auch der Vorstehende auf den Transportarbeiterkongress, welcher Ostern in Berlin stattfinden, eingeladen wurde, beschloß sich mit diesem Punkt in einer weiteren Versammlung zu beschäftigen.

Fürth. In der Mitgliederversammlung am 11. Februar gab Kollege Ventmann einen Bericht über den Streik bei Spier u. Söhne. Ueber das Verhalten des Zentralvorstandes hierbei wurde seitens der Mitglieder Besprechung geführt.

Kollege Schubert spricht über die Mißstände in den Spielwarengeschäften, namentlich über das Ausbleiben der Kollegen in andere Geschäfte. In ähnlichen Sinne äußern sich noch eine Anzahl Kollegen. Weiter wurde noch die Agitation unter den Handelsarbeitern besprochen. In nächster Zeit sollen Betriebsbesprechungen stattfinden.

Kiel. Unsere Mitgliederversammlung am 10. Februar war erfreulicher Weise von über 150 Kollegen besucht. Ein Hamburger Kollege schilderte in eingehender Weise die Vorteile der Organisation und kritisierte dabei die neuerrichtete Droschkenpolizeiverordnung. Auch die Arbeitsverhältnisse der Handwerker wurden eingehend und faßbar dargestellt. Der Vorstand wurde einstimmig mit dem besten Willen beauftragt. In der recht lebhaften Diskussion kamen mancherlei Mißstände an Tage. Die Logenräume der Arbeiter bei dem Weisfahnenrechner fanden sich auf dem Seidenboden, von diesem nur recht mangelhaft abgedeckt. In dem Saal befindet sich kein Tisch, geschweige denn ein Ofen, und als einzige Gelegenheit dient eine schmale Fleischerbank, und als Ausflucht zu dieser Partierwohnung dient eine recht reparaturbedürftige Leiter. Beim Bädermeister Steffens, Hoflieferant, mußten die Arbeiter schon morgens früh um 5 Uhr auf dem Bod sitzen zum Semmel ausfahren, dann geht es bis 8 und 9 Uhr abends fast ununterbrochen auf den Beinen sein. Arbeiter, welche nicht genügend Brot verkaufen, kann der Herr Steffens nicht brauchen.

Dann wurde als Delegierter zum Transportarbeiterkongress der Kollege Graf gewählt, worauf Schluß der Versammlung eintrat.

Alten a. Rh. In der Generalversammlung am 18. Januar gab der Bevollmächtigte einen ausführlichen Bericht über den Stand der Verwaltungsverhältnisse. Die Mitgliederzahl ist von 67 auf über 300 gestiegen, was von fleißiger Arbeit der Verwaltung zeugt. Hieraus wurde der Geschäftsbericht entgegen genommen und dem Kassierer auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. In die Disposition wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Koesel, 2. Bevollmächtigter Kroschke, 3. Kassierer J. Kneip, 4. Kassierer J. Kneip, 5. Schriftführer Schöneberg, 6. Schriftführer Brinkmann, 7. Revisoren: Kneip, Kneip und Schäfer. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

München. Am 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, fand im Dall'Armi die Monatsversammlung statt. Kollege Müller erklärte zunächst Bericht über das abgelaufene Quartal, das eine Einnahme von 557,87 Mk. und eine Ausgabe von 301,58 Mk., somit einen Ueberschuß von 256,29 Mk. ergab. Der Stimmzettel wurde der Dant ausbezahlt. Kollege Döbler gab bekannt, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden, an der speziell die Bedeutung des Kongresses für sämtliche im Transport- und Fuhrwerksgebiete beschäftigten Personen auf der Tagesordnung steht. Hierauf hielt Redakteur M. Krüger einen Vortrag über die Bedeutung der Arbeiterpresse. Redner schilderte in einflussigen, beifällig aufgenommenen Ausführungen die hohe Bedeutung der Arbeiterpresse für die werktätige Bevölkerung. Sämtliche Diskussionen sprachen im Sinne des Referenten und forderten die Kollegen auf, der Münchener Post in den

Arbeiterfamilien mehr Eingang zu verschaffen. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die außerordentliche Versammlung geschlossen.

München i. S. In der gut besuchten Mittelfrieder- versammlung wurde die Abrechnung vom 1. Quartal gegeben und konstatiert, daß ein Kassenbestand von 145,87 Mk. vorhanden ist. In die Disposition wurden gewählt: Als 1. Bevollmächtigter Hr. Schmidt, 2. Bevollmächtigter G. Degner; 1. Kassierer Hr. Goldmann, 2. Kassierer J. Wackerroth; Schriftführer J. Kneip, bezw. H. König. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Münster i. Westf. Zum ersten Male war es unserer Zahlstelle hier gelungen, ein Lokal für eine Versammlung zu erhalten. Als Referent war der Gauleiter erschienen und hielt einen gut durchdachten Vortrag. Eingehend schilderte derselbe die Verhältnisse im Handels- und Transportgewerbe. Wie anstrengend und gefährlich der Beruf eines Fuhrmanns sei, gehe am besten aus der hohen Zahl der Unfälle hervor. Ein großer Teil der Schuld an diesen trägt die lange Arbeitszeit, welche zwölf, fünfzehn und häufiger noch mehr Stunden dauert. Der niedrige Lohn, welcher nicht genügt, um dem Körper die notwendige Nahrung zuzuführen zu können, damit derselbe widerstandsfähig bleibt, trage auch einen Teil dazu bei. Zu all diesem kommt dann auch noch häufig eine schlechte Behandlung. Um alle diese und noch andere Mißstände abzuwehren, sei es nötig, daß die Arbeiter, Fuhrleute sowie alle im Handels- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Personen sich zusammenschließen, denn der Einzelne sei machtlos und könne diese traurigen Zustände nicht ändern. Eine solche Organisation ist der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands. Dieser Verband hat zur Genüge bewiesen, daß es ihm mit der Vertretung der Interessen seiner Mitglieder ernst sei, und hat derselbe Hervorragendes für seine Mitglieder geleistet. Der Verband wurde außerdem für seine Mitglieder bei Unglücksfällen zu unterstützen. Bei Krankheiten und Arbeitslosigkeit erhalten dieselben Unterstützung je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, sich dem Verbands anzuschließen, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Am hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich auch verschiedene Redner von den hier am Orte bestehenden christlichen Gewerkschaften, unter anderem auch der Vorstehende des Verbandes christlicher nicht gewerblicher Arbeiter, Herr Serle. Letzterer Herr versuchte nachdrücklich Klame für seinen Verein zu machen; auch der uns, sagte er, werden ähnliche Vorträge wie heute Abend hier gehalten, auch hat unsere Zeitung in ihrer ersten Nummer in diesem Jahre den Fuhrleuten eine ganze Seite gewidmet. Dann umfasse ihr Verband auch mehr Arbeiterkategorien, unter anderem die Steinbrucharbeiter und Ziegler, deshalb müßten doch die Fuhrleute in ihren christlichen Verband eintreten. Unser Gauleiter hob hervor, daß nur der Verband der Handels- und Transportarbeiter die Organisation sei, in welche die Arbeiter und Fuhrleute gehörten. In diesem Verbands seien sowohl Arbeiter und Fuhrleute organisiert, daß in der Zeitung nicht alle Jahre eine Seite, sondern in jeder Nummer alle 14 Tage zwei bis drei Seiten gebraucht werden; um all den Anforderungen gerecht zu werden, müsse dann trotzdem noch häufig eine Ergänzung oder Beilagen gegeben werden. Ob das Wörtchen „christlich“ vor der Organisation stehe oder nicht, bliebe sich gleich. Für uns Arbeiter gibt es nur eine Frage, das ist die Frage, ob diese Leute sich nur auf eine Art regeln. Da soll man nicht kommen und die Arbeiter durch unnütze Reden entzweien. Alle Arbeiter müssen in eine Organisation. Derselben Weg zeigen uns auch die Unternehmer, dieselben fragen auch darnach, ob Jude, Katholik oder Protestant, wenn sie sich vereinigen, um die Arbeiter auszuhebeln. Für uns Arbeiter und Fuhrleute kann deshalb nur eine Organisation in Frage kommen, und dieses ist der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, denn nur dieser ist imstande, bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Es versuchten nun noch verschiedene Redner der christlichen Gewerkschaften, den freien Gewerkschaften eins aus Zeug zu stücken, mußten sich jedoch eines Besseren belehren lassen und erklärten sich zum Schluß mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, auch hätten sich die Vertreter der freien Gewerkschaften stets sachlich gehalten. Nach einem mit Begeisterung aufgenommenen Schlußwort wurde die interessante Versammlung geschlossen. Während der Versammlung wurden 9 Mitglieder aufgenommen.

Nürnberg. Eine kombinierte Mitgliederversammlung fand am 27. v. M. statt. Die Hauptangelegenheit bildete die Beschickung des Transportarbeiterkongresses, sowie die Wahl der Delegierten hierzu. Der Gauleiter erklärte, daß die Fürther Kollegen sich mit uns einsig find, vom ganzen Gau zwei Delegierte zu entsenden und verzichteten selbst auf ein Mandat. Vorgeschieden sind nur der Gauleiter, Kollege Fersch, sowie Kollege L. Döbler. Einem Antrage, die Wahlen per Stimmzettel vorzunehmen, wurde nicht stattgegeben und die beiden Kollegen per Akklamation einstimmig gewählt. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten konnte die sehr zahlreich besuchte Versammlung geschlossen werden.

Sangerhausen. In der Mitgliederversammlung am 21. Februar referierte ein Hallenser Kollege über die Bedeutung des Fuhrmannskongresses. Den trefflichen Ausführungen des Redners wurde allseitig zugestimmt. Nach kurzer Diskussion wurde Kollege Dietmann als Delegierter gewählt. Nach einer Aufforderung zu reger Agitation für den Verband trat Schluß der Versammlung ein.

Worms. In der Versammlung am 21. Februar wurde die Disposition wie folgt gebildet: erster Bevollmächtigter Ernst Stolz, zweiter Bevollmächtigter Johann Böhrer; Kassierer Joh. Wackerroth; Schriftführer Maurer; Beisitzer Böhrer und Engel; Kartelldelegierter Thurn und Krup. Es folgte sodann eine Aussprache über den Nutzen der Organisation, sowie über die Arbeitsverhältnisse im Fuhrwerk am hiesigen Orte. Die Kollegen wurden aufgefordert, recht eifrig für den Verband zu arbeiten und demselben ihre neue Mitglieder zuzuführen.

Verantw. Redakteur u. Verleger: A. Brischke, Nummernburg. Druck: Maurer u. Dittmar, Berlin, Rulien-Str. 11.